



Frankfurt sozial und gerecht. Das muss drin sein!

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2016

www.die-linke-ffm.de

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl 2016

Inhaltsverzeichnis

Präambel	7
Frankfurt sozial und gerecht: Das muss drin sein!	7
Gute Arbeit – solidarisches Wirtschaften	7
Soziale Gerechtigkeit	8
Bezahlbarer Wohnraum für alle	8
Gute Bildung – von Anfang an.	9
Mobilität für alle durch eine Verkehrswende	9
Ein demokratisches Frankfurt für alle – Kein Platz für Rassismus	9
Geld ist genug da – Umverteilen jetzt!	10
Solidarisch wirtschaften - Gute Arbeit fördern	13
Die Stadt Frankfurt muss Vorbild sein	14
Verpflichtung zu Tariftreue, Nachhaltigkeit und sozialen Standards	15
Für aktive statt aktivierende Arbeitsmarktpolitik	16
Investitionsprogramm zur Sanierung der Infrastruktur und zur Schaffung von 3.500 Arbeitsplätzen	17
Rekommunalisierung statt Privatisierung	17
Förderung der regionalen Wirtschaft	18
Industriepolitik in Frankfurt	19
Soziale Gerechtigkeit herstellen – Armut bekämpfen.	21
Bezahlbarer Wohnraum für alle!	25
Gegen Zweckentfremdung und Umwandlung von Wohnraum!	26
Mietspiegel reformieren - Mietprelsbremse wirksam gestalten.	27
Obdachlosigkeit verhindern	28
Wohnungsbaugenossenschaften – ein wichtiger Pfeiler	29
Campus Bockenheim sinnvoll nutzen statt verscherbeln	29
In Bildung ist ein Menschenrecht.	31
In Bildung investieren	32
Mehr Kita-Plätze schaffen - Erzieher_innenberuf aufwerten	32
Eine Schule für alle – sozial gerecht und demokratisch.	33

Für eine echte Ganztagschule	35
Berufsausbildung	36
Erwachsenenbildung	37
Gesundheit ist keine Ware.	39
Mobilität für alle - Verkehrswende durchsetzen.	41
Ausbau des ÖPNV-Angebots	41
Bitte einsteigen! Nulltarif im ÖPNV – sozial und ökologisch	42
Fuß- und Radverkehr	43
Bevorzugung des motorisierten Verkehrs schrittweise abbauen	44
Fluglärm bekämpfen – Gesundheit vor Profite!	47
Energiewende umsetzen - sozial und demokratisch.	51
Klima und Umwelt schützen – Tierschutz verbessern	53
Grünflächen und Landschaftsschutz	53
Gewässerschutz und Müllentsorgung	54
Umweltlernen und Schutz der Artenvielfalt	55
Tierschutz verbessern.	56
Demokratie in der Kommune	57
Demokratisierung der Stadtverwaltung.	58
Datenschutz statt Überwachung	60
Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten – Flüchtlinge willkommen	61
Flüchtlinge in Frankfurt willkommen heißen	62
Kein Platz für Rassismus und Nazis!	65
Friedenspolitik vor Ort: Kein Platz für Militarismus!	67
Gleichstellung von Männern und Frauen verwirklichen.	69
Inklusion verwirklichen	73
Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche.	75
Verbesserte Jugendarbeit statt Kürzungen	75
Ausbildung und Beruf	76
Kultur und Freizeit.	77

Gutes und würdevolles Leben im Alter	79
Queer: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen	81
Kultur für alle	83
Breitensport fördern – statt Kommerz	87
Für eine rationale Drogenpolitik	89
Reiche Stadt – doch an vielen Stellen fehlt das Geld	91

Präambel

Frankfurt sozial und gerecht: Das muss drin sein!

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

Frankfurt ist eine reiche Stadt. Aber der Reichtum ist ungerecht verteilt. Während Banken und Unternehmen am Finanzplatz Frankfurt gute Geschäfte machen, ächzen viele Frankfurterinnen und Frankfurter unter zu hohen Mieten, unsicherer Beschäftigung, steigenden Fahrpreisen und baufälligen Schulen. Im Schatten der Frankfurter Bankentürme lebt mittlerweile nahezu jedes dritte Kind in Armut. Leider tut die schwarz-grüne Stadtregierung nichts, um der sozialen Spaltung in dieser Stadt entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Schwarz-Grün setzt lieber auf teure Prestigeprojekte wie die Altstadtbebauung, lässt zu, dass trotz Wohnungsmangels immer mehr Bürogebäude und hochpreisige Wohnungen gebaut werden. Schwarz-Grün unternimmt nichts dagegen, dass die Schulen und die öffentliche Infrastruktur verrotten. Das wollen wir ändern. Wir wollen ein sozial gerechtes und demokratisches Frankfurt, das jedem Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und Einkommen gleichermaßen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Gute Arbeit – solidarisches Wirtschaften

Unsichere Beschäftigung, Minijobs und Niedriglöhne sind auch in Frankfurt weit verbreitet. In einer so teuren Stadt kommen viele Menschen mit ihrem Gehalt kaum über die Runden. Wir sind der Meinung: Von Arbeit muss man leben können! Deshalb setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen ein. Die Stadt Frankfurt muss dabei Vorbild sein. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und dem Sanierungsstau bei der öffentlichen Infrastruktur entgegenzuwirken, schlagen wir ein kommunales sozial-ökologisches Investitionsprogramm vor. Dadurch sollen neue Wohnungen entstehen, Schulen, Straßen

Soziale Gerechtigkeit •

und Brücken saniert und mehr Kitas gebaut werden. Teure Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft (PPP-Projekte) lehnen wir ab, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Energieversorgung, Müllabfuhr usw.) gehören in öffentliche Hand und dürfen nicht privatisiert werden. Wir wollen das Klinikum Höchst in kommunaler Trägerschaft erhalten.

Auch vor diesem Hintergrund lehnt DIE LINKE Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA ab. Durch sie wären weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vorprogrammiert und Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche würden erschwert.

Soziale Gerechtigkeit

Wer auf Hartz IV angewiesen ist, ist zu weiten Teilen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, denn der teure öffentliche Nahverkehr, der Gang ins Schwimmbad oder der Besuch kultureller Veranstaltungen sind für Hartz-IV-Bezieher nicht bezahlbar. Wir wollen Armut vermindern und städtische Einrichtungen für jeden bezahlbar machen. Erwerbslose dürfen nicht drangsaliert und sanktioniert werden. Wir fordern einen respektvollen Umgang der städtischen Ämter und der Jobcenter mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Strom- und Gasabschaltungen durch städtische Energieversorger müssen unterbunden werden, kein Mensch darf in seiner Wohnung frieren oder im Dunkeln sitzen, weil er seine Rechnung nicht bezahlen kann. Wir wollen, dass alle Menschen in Würde leben können.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Vor allem in den innenstadtnahen Bereichen sind die Mieten kaum noch bezahlbar. Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt rapide ab. Einkommensschwache Mieterinnen und Mieter werden an den Rand gedrängt. DIE LINKE unterstützt die Initiativen, die sich gegen Mieterhöhungen und Verdrängung wehren. Wir wollen die Wohnungspolitik in Frankfurt grundlegend ändern und sie sozial gerecht gestalten. Die Versorgung mit preiswerten Wohnungen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt überlassen werden. Deshalb setzen wir uns ein für mehr Sozialwohnungen, die Vermeidung von Leerstand und eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der städtischen ABG.

Gute Bildung – von Anfang an

In vielen Frankfurter Stadtteilen erkennt man die Schulen daran, dass sie die marodesten Gebäude im Viertel sind. Es herrscht ein Mangel an Kita- und Hortplätzen, und der Ausbau von Ganztagschulen stockt. Viele Eltern fühlen sich alleine gelassen, weil es keine Betreuungsangebote für ihre Kinder gibt. Vor allem Frauen werden aus dem Berufsleben gedrängt, wenn die Ganztagsbetreuung von Kindern nicht gewährleistet ist. Wir wollen die baulichen Voraussetzungen für gute Bildung schaffen und verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen. DIE LINKE will ein sozial gerechtes Bildungssystem. Das heißt längeres gemeinsames Lernen, Inklusion und der Ausbau echter Ganztagschulen. Bildung ist ein Menschenrecht und der Zugang zu Bildung darf nicht abhängig von Herkunft und Geldbeutel sein.

Mobilität für alle durch eine Verkehrswende

Mobilität ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb wollen wir den ÖPNV ausbauen und die Fahrpreise schrittweise senken, mittelfristig bis hin zu einem Nulltarif. So werden Busse und Bahnen für mehr Menschen attraktiv. Wir wollen den Autoverkehr in der Stadt reduzieren, indem wir gute Alternativen schaffen. Denn ein lebenswertes Frankfurt bedeutet auch, die Belastung durch Lärm, Abgase und Schadstoffe zu verringern. Das gilt auch für den Frankfurter Flughafen. Viele Menschen – besonders in den südlichen Stadtteilen – leben unter einem Lärmteppich, der ihre Gesundheit gefährdet und ihre Lebensqualität einschränkt. Die Grenze der Belastbarkeit ist längst überschritten. Den Bau des Terminals 3 lehnen wir ab. Wir wollen eine Reduzierung von Flugbewegungen, die Schließung der Nordwestlandebahn und ein konsequentes achtstündiges Nachtflugverbot.

Ein demokratisches Frankfurt für alle – Kein Platz für Rassismus

Frankfurt ist eine weltoffene Stadt, in der Menschen aus 180 Nationen leben. DIE LINKE tritt für ein gleichberechtigtes Zusammenleben und die demokratische Teilhabe aller Menschen ein. Flüchtlinge müssen in Frankfurt willkommen geheißen und menschenwürdig untergebracht werden. Wir wollen das kommunale Wahlrecht auf alle in Frankfurt lebenden Menschen ausweiten und Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Religion,

Geld ist genug da – Umverteilen jetzt! •

Geschlecht oder sexueller Orientierung entgegenzutreten. DIE LINKE engagiert sich in Bündnissen und Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit: In Frankfurt darf es keinen Platz für Rassismus, Nazis und rechte Gewalt geben!

Geld ist genug da – Umverteilen jetzt!

Geht es um mehr Sozialwohnungen, die erforderliche Sanierung von Schulen, mehr Kitaplätze oder höhere Investitionen in die Infrastruktur, erklärt der schwarz-grüne Magistrat, dafür sei kein Geld da. Das ist falsch. Frankfurt steht finanziell nicht schlecht da. Zudem könnte die Stadt durch eine moderate Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes mehr Einnahmen erzielen. Vor allem muss Frankfurt andere Prioritäten im Haushalt setzen und beispielsweise statt der teuren Altstadtbebauung den sozialen Wohnungsbau fördern.

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

am 6. März ist Kommunalwahl und Frankfurt braucht eine starke LINKE im Römer, die Druck für mehr soziale Gerechtigkeit macht. Wir wissen aber auch, dass wir viele Probleme nicht auf kommunaler Ebene lösen können. Deshalb setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene für bessere Rahmenbedingungen und eine auskömmliche Finanzierung öffentlicher Aufgaben ein. Die Steuerpolitik der letzten 15 Jahre hat dazu geführt, dass die öffentlichen Kassen ausgetrocknet wurden – während Vermögende und Unternehmen davon die Profiteure waren. Verantwortlich hierfür sind CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP. Wir wollen diesen Prozess umkehren und für eine gerechte Verteilung sorgen. Damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinanderklafft und wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt.

Wir wollen nicht stellvertretend für die Menschen Politik machen, sondern mit ihnen. Wir arbeiten aktiv mit in sozialen Bewegungen, unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe und arbeiten in Initiativen und Bündnissen. Denn ohne gesellschaftlichen Druck wird ein Politikwechsel nicht zu erreichen sein.

Mit Ihrer Stimme für DIE LINKE stärken Sie eine Kommunalpolitik, die eine echte Alternative zur derzeitigen schwarz-grünen Politik ist.

Mit Ihrer Stimme für DIE LINKE setzen Sie zugleich ein Signal für einen bundesweiten Politikwechsel. Einen bundesweiten Politikwechsel für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit!

Wir bitten Sie um Ihre Stimme am 6. März.



Solidarisch wirtschaften - Gute Arbeit fördern

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Doch die Realität sieht für viele Menschen leider anders aus: Die unter SPD und Grünen beschlossenen Hartz-Gesetze sind nahezu unverändert in Kraft. Sie entfalten eine verheerende Wirkung auf dem Arbeitsmarkt. Zwar ist die Zahl der registrierten Erwerbslosen gesunken, doch zugleich entsteht immer mehr ungeschützte – prekäre – Beschäftigung.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohndumping verschärft. Die Folgen tragen nun die betroffenen Menschen und auch die Kommunen. Eine Stimme für DIE LINKE bei der Frankfurter Kommunalwahl ist nicht nur eine Stimme für eine andere Kommunalpolitik, sie ist zugleich ein gesellschaftspolitisches Zeichen.

Für uns bleibt es dabei: Hartz IV und andere Verschlechterungen durch die „Agenda 2010“ müssen weg!

In Frankfurt leben viele Menschen in Armut. Im Schatten der glitzernden Bankentürme ist mittlerweile jedes dritte Kind, jeder dritte Jugendliche davon betroffen. Die prekäre Lage vieler Geringverdiener_innen, Rentner_innen und Hartz-IV-Bezieher_innen zeigt sich an der hohen Anzahl von Bedürftigen, die Tafeln und Suppenküchen aufsuchen müssen, um sich und ihre Familie zu ernähren. Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung sind kein Problem mangelnder Motivation oder Arbeitsvermittlung. Ursächlich für die um sich greifende Entwicklung ist neben der verfehlten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Jedes dritte Kind
in Frankfurt lebt in
Armut.

Es gibt selbst in der Metropole Frankfurt zu wenig gute Arbeitsplätze.
Das wollen wir ändern: Wir wollen zusätzliche existenzsichernde, tariflich

entlohnte und sozialversicherungspflichtige Arbeit schaffen. Zugleich wollen wir prekäre Beschäftigung, insbesondere Leiharbeit, Befristungen und missbräuchliche Werkvertragsarbeit zurückdrängen. Wir setzen uns für eine Arbeitszeitverkürzung, die Umverteilung von Arbeit und eine Aufwertung gesellschaftlich notwendiger, dem Gemeinwohl dienender Tätigkeiten ein.

Die Stadt Frankfurt muss Vorbild sein

Die Stadt Frankfurt muss als öffentlicher Arbeitgeber Vorbild sein und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Gute Arbeitsplätze sichern nicht nur die finanzielle Existenz von Menschen, von der Qualität der Arbeit und ihrer Organisation hängen maßgeblich die Gesundheit und das Wohlbefinden ab.



DIE LINKE fordert

- Offene Stellen bei der Stadt Frankfurt sind zügig wieder zu besetzen.
- Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens, um diskriminierten Personen gleiche Chancen bei Bewerbungen zu geben.
- Neue Stellen können durch den Ausbau der städtischen Verwaltung geschaffen werden, um einen besseren Service für die Frankfurterinnen und Frankfurter zu erreichen.
- Wiederherstellung, ggf. Neugründung der Bau- und Betriebshöfe der Stadt; viele städtische Arbeiten und Aufträge können in Eigenregie übernommen werden.
- Schaffung von Ausbildungsplätzen über den eigenen Bedarf hinaus - gerade auch für Jugendliche, die nur schwer einen Ausbildungsplatz finden. Auch und insbesondere in den Betrieben, die der Stadt Frankfurt gehören oder an denen sie beteiligt ist, sind Ausbildung und Beschäftigung auszuweiten.



DIE LINKE fordert

- Verstärkte Anstrengungen zur Integration von Langzeiterwerbslosen im öffentlichen Dienst und in Unternehmen im städtischen Besitz. Auch die der Stadt Frankfurt gehörenden privatrechtlichen Unternehmen sowie die durch die Stadt geförderten Träger haben eine spezielle arbeitsmarkt- und sozialpolitische Verantwortung.
- Die Stadt Frankfurt muss Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz entgegenwirken und eine sinnvolle und behinderten-gerechte Arbeitsorganisation vorleben.

Verpflichtung zu Tariftreue, Nachhaltigkeit und sozialen Standards

Die Stadt Frankfurt muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gewährleisten, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden.



DIE LINKE fordert

- Unternehmen, die städtische Aufträge erhalten, müssen die tariflichen Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten. Dies muss auch für Subunternehmer sichergestellt werden.
- Unternehmen, die aktive Gleichstellungspolitik, Anti-Diskriminierungsarbeit und Elternfreundlichkeit nachweisen, sind bei der Vergabe von Aufträgen zu bevorzugen.
- Die Kontrollen sind zu verbessern, so dass diese Standards auch tatsächlich eingehalten werden.

Für aktive statt aktivierende Arbeitsmarktpolitik

Von Schröders vollmundigem Satz „**Fördern und Fordern der Erwerbslosen**“ ist nur das Fordern geblieben, verbunden mit der ständigen Androhung von Leistungskürzungen.



DIE LINKE fordert

- Es ist sicherzustellen, dass erwerbslose Frauen in gleichem Maße wie Männer Zugang zu den Fördermaßnahmen erhalten. Ziel muss eine existenzsichernde Erwerbsarbeit sein.
- Wiedereingliederungsprogramme auf freiwilliger Basis.
- Keine „gläsernen Erwerbslosen“: Kein Zwang zur Entbindung des Maßnahmeträgers von der Schweigepflicht gegenüber Jobcentern oder anderen als Bedingung für die Teilnahme.
- Alle Zwangsvermittlungen in unterbezahlte oder unzumutbare Arbeit sind einzustellen.
- Mitspracherecht der Erwerbslosen bei Qualifizierungsmaßnahmen.
- Vorrang für reguläre Berufsausbildungen sowie Umschulungen und Weiterbildungen mit anerkannten Abschlüssen.
- Sinnfreie Trainings-Maßnahmen sind abzuschaffen.
- Alle Beschäftigten der Jobcenter sind in ein unbefristetes und existenzsicherndes Arbeitsverhältnis zu übernehmen und kontinuierlich zu schulen.
- Das Personal im Jobcenter ist aufzustocken, bis der gesetzlich festgelegte Betreuungsschlüssel plus einer Ausfallreserve von 20 Prozent erreicht ist.
- Die Vermittlung der Rückkehr ins Erwerbsleben darf nicht länger in der Hand privater Jobvermittler und Leiharbeits-Unternehmen bleiben.

Investitionsprogramm zur Sanierung der Infrastruktur und zur Schaffung von 3.500 Arbeitsplätzen

Wenn die öffentliche Infrastruktur verrottet und es zugleich an guten Arbeitsplätzen mangelt, liegt nichts näher, als ein städtisches Investitionsprogramm aufzulegen. Dies kann 3.500 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, trägt dazu bei, die öffentliche Infrastruktur zu sanieren und die schlimmsten Misstände, etwa in den Bereichen Kitaversorgung, Schulraumsanierung, Brücken, Straßen und sozialem Wohnungsbau zu beseitigen. Das Investitionsprogramm refinanziert sich durch zusätzlich entstehende Einnahmen zu etwa einem Drittel selbst.



DIE LINKE fordert

- Ein zusätzliches Frankfurter Investitionsprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich für die nächsten fünf Jahre.
- Das Investitionsprogramm soll vorrangig mit regionalen Unternehmen umgesetzt werden.

Rekommunalisierung statt Privatisierung

PPP-Projekte lehnen wir ab.

Die jetzige und die vorherigen Stadtregierungen betrieben mit Verweis auf angeblich leere Kassen die Enteignung der Bürgerinnen und Bürger: Sozialwohnungen, Städtische Bühnen, Verkehrsbetriebe, Müllabfuhr, Stadtreinigung, Hafenbetriebe, Städtische Küchenbetriebe, Schulgebäude und vieles mehr wurden privatisiert bzw. umgewandelt. Die Stadt hat zudem teure öffentlich-private Partnerschaftsprojekte (PPP) auf den Weg gebracht, die allesamt ein finanzielles und bauliches Fiasko sind. Beispiele hierfür sind die IGS West, das Bildungszentrum Ost und das gescheiterte PPP-Projekt zur Brückensanierung.



DIE LINKE fordert

- Keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben, Einrichtungen und Aufgaben. Kommunale Daseinsvorsorge gehört in kommunale Hand.
- Rückführung von bereits privatisierten kommunalen Unternehmen in die öffentliche Hand.
- Keine Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen (Private Public Partnership, PPP), bei denen Finanzkonzerne hohe Profite auf Kosten der öffentlichen Kassen einstreichen.

Förderung der regionalen Wirtschaft

In Frankfurt und der Region gibt es viele kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und Selbstständige, die sich um ihre Existenz sorgen müssen. Durch Ansiedlungen großer Märkte auf der grünen Wiese wird der wohnortnahe Einzelhandel in den Stadtteilen gefährdet, Wege werden weiter und eine Zunahme des Verkehrs wird gefördert. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die kleine und mittelständische Unternehmen stärker in den Blick nimmt und fördert.



DIE LINKE fordert

- Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu fördern.
- Die Nahversorgung in den Stadtteilen muss gesichert und gefördert werden.
- Einen Mietpreisdeckel – auch im Falle der gewerblichen Nutzung für kleine und Kleinstbetriebe.



DIE LINKE fordert

- Um die Verödung von Stadtteilen zu verhindern, müssen alleingesessene lokale Einzelhändler besser geschützt werden, gegen die Konkurrenz der großen Ketten und gegen die Verdrängung durch überhöhte Mieten. Die Änderung von Nutzungssatzungen in Mischgebieten ist hier ein sinnvolles Instrument.

Industriepolitik in Frankfurt

In der Frankfurter Wirtschaftspolitik spielt die Industrie fast keine Rolle mehr. Banken und Finanzsektor, Dienstleister und Versicherungen stehen im Vordergrund. Durch diese verfehlte Politik sind immer mehr Industriebetriebe aus Frankfurt weggezogen. Heute ist nicht einmal jeder zehnte Arbeitsplatz in Frankfurt ein Industriearbeitsplatz.



DIE LINKE fordert

- Die Verfolgung einer industriepolitischen Strategie, die die Beschäftigungssicherung in der Industrie ebenso in den Blick nimmt wie deren nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung.
- Diese Industriepolitik darf nicht allein für Frankfurt, sondern muss für die gesamte Rhein-Main-Region entwickelt werden. Arbeitsplätze müssen da entstehen, wo die Menschen wohnen.



Umverteilen!

**Millionärsteuer
jetzt! DIE LINKE.**

Soziale Gerechtigkeit herstellen – Armut bekämpfen

Weniger als zehn Prozent Reiche und Superreiche verfügen über die Hälfte des Vermögens in Deutschland, während sich die Hälfte der Bevölkerung mit nur einem Prozent des Vermögens begnügen muss. Diese Kluft zwischen Arm und Reich wird auch in Frankfurt immer größer und spaltet die Stadt.

Die Anzahl der Langzeiterwerbslosen ist in den letzten Jahren angestiegen. Diese haben immer weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz. Mittlerweile gehören ca. 35 Prozent aller Erwerbslosen in der Stadt dazu. Frankfurt ist auch eine der Städte mit besonders vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die ergänzende Sozialleistungen beziehen müssen. Über 80.000 Menschen sind hier auf existenzsichernde Mindestleistungen (z.B. Hartz IV) angewiesen.

Die Armut hat viele Gesichter:

- **Rentnerinnen** und Rentner, die sich im Winter zwischen heizen oder essen entscheiden müssen, weil ihre Rente nicht für beides reicht.
- **Kinder**, die ohne Frühstück in die Schule gehen, weil ihre alleinerziehende Mutter keine Arbeit findet und von Hartz IV leben muss.
- **Arbeitnehmerinnen** und Arbeitnehmer, die so schlecht bezahlt werden, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können und mit Hartz IV aufstocken müssen.
- **Langzeiterwerbslose**, die immer geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.
- **Wanderarbeiter**, die in Bruchbuden hausen und als Tagelöhner für extrem wenig Geld arbeiten.

Bundesweit hat DIE LINKE mit Forderungen nach einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften, Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen und nach einem gesetzlichen Mindestlohn von aktuell 10 Euro ein Programm für den Einstieg in eine gerechtere Gesellschaft vorgelegt.

Dazu gehören auch eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung und eine steuerfinanzierte solidarische Mindestrente.

Diese Forderungen können nicht im Rahmen der Kommunalpolitik umgesetzt werden. Dennoch darf sich eine Stadt mit dieser Spaltung nicht einfach abfinden. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben muss im Mittelpunkt der Stadtpolitik stehen. Erwerbslosigkeit, prekäres Einkommen, Krankheit und viele andere Faktoren können zu Stigmatisierung, Ausgrenzung und letztlich auch zum Rückzug aus dem sozialen Leben führen. Jede und jeder muss die Unterstützung erhalten, die er oder sie braucht, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.



DIE LINKE fordert

- Aufwertung und bessere Bezahlung von Sozialarbeiter_innen, Sozialpädagog_innen und anderen Beschäftigten, die im Sozialdienst der Stadt Frankfurt arbeiten.
- Keine Abschaltungen von Strom oder Gas durch städtische Energieversorger.
- Eine ausreichende Finanzierung der Präventions- und Betreuungsarbeit (z.B. Aids-Hilfe, Jugendzentren, Schuldner-, Ehe- und Familienberatung).
- Einen respektvollen Umgang der städtischen Ämter und Jobcenter mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, der sich daran orientiert, diesen die Wahrnehmung ihrer Teilhaberechte zu ermöglichen.



DIE LINKE fordert

- Eine auskömmliche Förderung und Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen, die wichtige soziale und Integrationsaufgaben erfüllen.
- Verlässliche Finanzierung der Träger der freien Wohlfahrtspflege.
- Vergabe ausschließlich an Träger, die Tarifverträge abgeschlossen haben und eine transparente Lohnstruktur nachweisen können, sowie Anpassung der Fördersumme an die jeweiligen Tarifabschlüsse. Bevorzugte Vergabe an Träger, bei denen die Beschäftigten in unbefristeten Vollzeitstellen arbeiten.
- Förderung des sozialen Zusammenhalts in der Stadt durch Unterstützung von Selbsthilfe, Solidarität und kulturellen Angeboten.
- Entwicklung von Angeboten der Stadt Frankfurt gemeinsam mit den Trägern, die den Bedarfen von Frauen besser entsprechen. Die Stadt Frankfurt muss Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz entgegenwirken und eine sinnvolle und behindertengerechte Arbeitsorganisation vorleben.



Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Frankfurt ist Magnet für immer mehr Menschen, die Stadt wächst. Der Neubau – insbesondere von bezahlbarem Wohnraum – hat da nicht mitgehalten. Neue Wohnungen entstanden vor allem im hochpreisigen Segment. Vermieter können nahezu jede Miete am Markt durchsetzen, da Mietwucher nicht konsequent verfolgt wird. Wer sich seinen Stadtteil nicht mehr leisten kann, wird an den Stadtrand oder ins Umland verdrängt.

Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt ab, da kaum neue gebaut wurden und die bisherigen Sozialbindungen auslaufen. 2013 gab es in Frankfurt 27.964 mietpreisgebundene Wohnungen. Davon werden bis 2020 rund 5.700 aus der Sozialbindung fallen. Dabei ist der Bedarf groß: Derzeit sind ca. 8.000 Wohnungssuchende bei der Stadt registriert. Um den tatsächlichen Bedarf zu decken, fehlen jedoch schätzungsweise 70.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Frankfurt braucht eine neue Wohnungsbaupolitik. Da Grund und Boden nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, muss die Wohnungspolitik dem „*freien Spiel der Kräfte des Marktes*“ entzogen werden.

Die ABG muss Frankfurt wieder mit mehr preiswertem Wohnraum versorgen.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG, der ca. 14 Prozent aller Wohnungen in Frankfurt gehören, muss wieder zu dem werden, was sie laut ihrer Satzung sein sollte: eine Gesellschaft zur Versorgung mittlerer und unterer Einkommenschichten mit preiswertem Wohnraum. Statt diesem Auftrag gerecht zu werden, baut sie inzwischen überwiegend im hochpreisigen Segment. Sie erwirtschaftete so in den letzten Jahren durchschnittlich 50 Millionen Euro Gewinn – das entspricht etwa 1.000 Euro pro Wohnung im Jahr. Dieser verfehlten Politik der ABG muss die Stadt Frankfurt als Eigentümerin Einhalt gebieten.

Gegen Zweckentfremdung und Umwandlung von Wohnraum! •

Zahlreiche Menschen und Initiativen wehren sich gegen Verdrängung und horrenden Mieten sowie gegen die „**Gentrifizierung**“ von ganzen Stadtteilen. Es gibt die ABG-Kampagne, das Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum, die NBO und viele andere. Dabei werden sie aktiv von der Partei DIE LINKE unterstützt, wie zum Beispiel in der Siedlung Mainfeld, wo sich die Bewohnerinnen und Bewohner erfolgreich gegen den geplanten Abriss ihres Viertels gewehrt haben.



DIE LINKE fordert

- Den Neubau von mindestens 2.500 Einheiten jährlich im sozialen Wohnungsbau. Zum Vergleich: Die Stadt Wien schafft aktuell rund 7.000 geförderte Neubauwohnungen pro Jahr.
- Einen Mietpreisstopp bei der ABG. Die ABG soll gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten, und dies dauerhaft und in städtischer Regie.
- Keine Privatisierung von kommunalen Grundstücken. Städtische Grundstücke dürfen nur den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften in Erbpacht zur Nutzung überlassen werden.
- Eine basisdemokratische Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter in allen Wohnungsunternehmen durch Mieterbeiräte und deren Vertretung in den Aufsichts- und Kontrollorganen. Diese sind mit den nötigen Rechten und erforderlichen Mitteln für die Wahrnehmung von Mieterinteressen auszustatten. Die Stadt Frankfurt soll sich für eine Landesgesetzgebung einsetzen, die dies ermöglicht.

Gegen Zweckentfremdung und Umwandlung von Wohnraum!

Obwohl in Frankfurt ein großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum herrscht, lassen Eigentümer Wohnhäuser leer stehen. Die Landesregierung hat den

Wohnungsspekulanten Tür und Tor geöffnet, weil sie die Landesverordnung, die das verhindern kann, außer Kraft gesetzt hat.



DIE LINKE fordert

- Das Land Hessen muss das Wohnraumzweckentfremdungsverbot, mit dem nicht nur Leerstand, sondern auch die Umwandlung in Büros verhindert werden kann, wieder in Kraft setzen.
- Bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen muss die Kündigungsfrist von fünf Jahren wieder auf zehn Jahre verlängert werden.
- Die Stadt Frankfurt soll ihr Vorkaufsrecht in Ortsteilen, die im Geltungsbereich von Milieuschutzsatzungen liegen, nutzen – oft genügt schon dessen Androhung –, um Luxussanierung und Spekulation zu verhindern.

Mietspiegel reformieren - Mietpreisbremse wirksam gestalten

Der „**Mietspiegel**“ wird nicht aus allen Mieten, sondern nur aus den Mietänderungen der letzten vier Jahre ermittelt. Da die nicht erhöhten Wohnungsmieten unberücksichtigt bleiben, gelingt es so nicht, für eine sozialverträgliche Mietpreisentwicklung zu sorgen.

Zwar werden diese Rahmenbedingungen durch Bundesgesetz geregelt, für die praktische Umsetzung, also die Erstellung des Mietspiegels, ist aber die Stadt zuständig. Sie hat durch die Einführung sogenannter „*zentraler Lagen*“ zu großen Mietsprüngen in vielen Stadtteilen gesorgt.

Die Mietgesetze auf Bundesebene müssen geändert werden. Zwar ist die „**Mietpreisbremse**“, die eine Begrenzung der Miethöhe bei Vertragsneuabschlüssen auf 10 Prozent über der Vergleichsmiete vornimmt, ein Schritt in die richtige Richtung. Aber bis jetzt hat sie noch zu viele Schwächen: zu viele Ausnahmen und vor allem das Fehlen wirksamer Kontrollmechanismen.



DIE LINKE fordert

- Die Vergleichsmiete muss künftig schwerpunktmäßig aus Bestandsmieten erstellt werden und nicht auf Basis erfolgreicher Mieterhöhungen; bei den Lageauf- und -abschlägen muss die Stadt zum alten System vor dem Mietspiegel 2010 zurückkehren.
- Mieterhöhungen sind maximal auf die Höhe der Inflationsrate zu begrenzen.
- Zumindest in allen Stadtteilen mit hohem Veränderungsdruck ist eine Stelle zu schaffen, die Betroffene berät und unterstützt und die Einhaltung der Mietpreisbremse und der Neuregelung bei den Maklerkosten strikt kontrolliert.

Obdachlosigkeit verhindern

In einer reichen Stadt wie Frankfurt sollte Obdachlosigkeit gar nicht erst entstehen. Tatsächlich aber ist Obdachlosigkeit ein wachsendes Problem, das im öffentlichen Raum nicht mehr zu übersehen ist. Obdachlosigkeit ist auch eine Folge der tiefen sozialen Spaltung in der Stadt, des Umgangs mit Migration, Wanderarbeit usw., aber eben auch der Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt.



DIE LINKE fordert

- Zwangsräumungen aufgrund von Mietrückständen sowie Zwangsumzüge aufgrund von Hartz IV sind zu unterbinden.
- Eine negative Schufa-Auskunft darf für Wohnungsbaugesellschaften kein Vorwand sein, um Wohnungssuchenden den Zugang zu angemessenem Wohnraum zu versagen.
- Für die Zwangsgeräumten aus überbelegten Häusern muss die Stadt Frankfurt soziale Verantwortung übernehmen.

Wohnungsbaugenossenschaften – ein wichtiger Pfeiler

Genossenschaften können aufgrund ihrer basisdemokratischen Strukturen eine sichere, soziale und im Preis angemessene Wohnraumversorgung ihrer Mitglieder und Nutzer sichern und damit einen wichtigen Beitrag für das Frankfurter Wohnungswesen leisten.



DIE LINKE fordert

- Die sogenannten Bestandsgenossenschaften sollen durch entsprechende Fördermittel beim Erhalt preiswerten Wohnraums unterstützt werden.
- Bei Neugründungen soll die Kommune den Erwerb bzw. die Pacht von Baugrund erleichtern und die Aufbauphase logistisch und beratend begleiten.

Campus Bockenheim sinnvoll nutzen statt verscherbeln

Die schwarz-grüne Stadtregierung hat für den großspurig angekündigten „Kulturcampus“ auf dem bisherigen Uni-Gelände an der Bockenheimer Warte keine finanziellen Ressourcen für Umzug und Ansiedlung der Kulturinstitute bereitgestellt.

Es gilt zu verhindern, dass die Grundstücke, die die ABG vom Land Hessen erworben hat und die nicht benötigt werden, meistbietend an Investoren verkauft werden. Sonst wird nur weiter im hochpreisigen Segment gebaut werden.



DIE LINKE fordert

- Die vorhandenen Gebäude für Studentenwohnungen zu nutzen
- und auf dem Gelände den Wohnraum-Anteil auf 60 Prozent zu erhöhen. Die Hälfte davon sollen öffentlich geförderte Wohnungen sein.
- Schaffung neuer Kitas und Jugendeinrichtungen auf dem Campusgelände, um dem steten Zuzug von Familien mit Kindern gerecht zu werden.

In Bildung ist ein Menschenrecht

Schule kaputt, Kita voll, Hortplatz fehlt: So stellt sich die Frankfurter Bildungslandschaft dar. 25 Jahre grünes Bildungsdezernat haben einen riesigen Sanierungsstau bei den Frankfurter Schulen hinterlassen. Marode Schulgebäude, defekte Fenster, undichte Dächer sind die Folge.

Dagegen hat DIE LINKE gemeinsam mit Eltern, Schüler_innen, Lehrer_innen und der GEW immer wieder protestiert. Dieser gemeinsame Protest hat die schwarz-grüne Koalition gezwungen, zusätzliche 150 Millionen Euro gestreckt auf fünf Jahre bereitzustellen. Davon können aber nur bei jeder zweiten Schule die dringlichsten Reparaturen durchgeführt werden.

Das reicht nicht aus, damit verlotterte Schulen wieder zu Orten werden, in denen Schüler_innen gut lernen und Lehrer_innen gerne unterrichten. **900 Millionen Euro fehlen, um die Schulsanierung ordentlich zu Ende zu bringen, sagt die Stadt selbst. Nicht eingerechnet sind die notwendigen Mittel, um Kindern mit Behinderung einen ungehinderten Zugang zur Bildung möglich zu machen und Inklusion zu verwirklichen.**

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Gespart wird auch bei der Ganztagsbetreuung. Statt funktionierender Konzepte setzt Schwarz-Grün auf den so genannten „Pakt für den Nachmittag“.

Solange die nötigen Voraussetzungen dafür, wie Räume und Personal, nicht bereitgestellt werden, ist der „Pakt für den Nachmittag“ eine Mogelpackung. Kinder werden nicht betreut, sondern nur verwahrt. Mit Bildung hat das nichts zu tun.

In Bildung investieren

Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind, jeder Jugendliche und jeder Erwachsene hat ein Recht auf gebührenfreie gute Bildung und Weiterbildung. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Deshalb muss Bildung besser finanziert und dringend erforderliche Schulsanierungen endlich angegangen werden. Wir wollen ein gut ausgestattetes öffentliches Bildungswesen statt immer mehr teure Privatschulen und anderer private Bildungseinrichtungen.



DIE LINKE fordert

- Die Finanzierung der öffentlichen Bildungseinrichtungen muss sichergestellt werden.
- 500 Millionen Euro (in den nächsten fünf Jahren) für die Schulsanierung als Bestandteil des Infrastruktur-Investitionsprogramms.
- Teure und undemokratische Kreditmodelle wie Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaft), an denen nur die großen Firmen verdienen, lehnen wir ab.
- Kein Werben fürs Sterben: Bundeswehr raus aus den Schulen! Für ein grundsätzliches Verbot der Werbung durch die Bundeswehr und ihren Angehörigen in den Einrichtungen der Stadt Frankfurt.

Mehr Kita-Plätze schaffen - Erzieher_innenberuf aufwerten

Für die Entwicklung kleiner Kinder ist der frühe Kontakt zu Gleichaltrigen wichtig. Frühkindliche Bildung kann auch sozialen Benachteiligungen entgegenwirken. Nötig sind ausreichend Kitaplätze, kleine Gruppengrößen und angemessen bezahltes Personal in den Kitas.



DIE LINKE fordert

- Erhöhung des Versorgungsgrades mit Kitaplätzen.
- Kitaplätze müssen grundsätzlich beitragsfrei sein.
- Angemessene Entlohnung und ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten für die Sozial- und Erziehungsdienste.
- Arbeitszeiten sind so zu gestalten, dass sie einen Ausgleich für die belastende Tätigkeit in den Einrichtungen ermöglichen.

Eine Schule für alle – sozial gerecht und demokratisch

Das in Hauptschule, Realschule, Förderschule und Gymnasium gegliederte Schulsystem muss überwunden werden. Es widerspricht dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit und dem zwingenden Gebot gemäß der UN-Charta, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Alle Kinder und Jugendliche eines Stadtteils sollen bis zur 10. Klasse entsprechend ihren Fähigkeiten gemeinsam lernen. Dies schafft die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit in der Schule.

Jedes Jahr werden hunderte Schülerinnen und Schüler aus den Klassen 7 bis 9 abgeschult und müssen die Gymnasien und Realschulen verlassen. Diese Erfahrung des Scheiterns wollen wir verhindern. Dafür ist eine flächendeckende Versorgung mit Integrierten Gesamtschulen inklusive gymnasialer Oberstufen nötig.

Zu einer „**Schule für alle**“ gehört zwingend die Inklusion von behinderten oder benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Benötigt werden zusätzliche Lehrerstellen sowie eine Ausweitung der Schulsozialarbeit. Notwendige bauliche Maßnahmen zur Beseitigung von Barrieren müssen finanziert und zeitnah umgesetzt werden.

Echte Transparenz und demokratische Beteiligung im schulischen Bereich sind wichtig. Deshalb dürfen schulpolitische Entscheidungen der Stadt

Frankfurt nicht weiter über die Köpfe von Elternbeiräten, Schüler_innenvertretungen und Personalräten hinweg getroffen werden.

Die hessischen Landesschulgesetze setzen das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildungseinrichtungen nur unzureichend um, der Schutz vor Diskriminierung entsprechend dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz findet an den Schulen nur ungenügend Anwendung. Wem es mit Bildung für alle ernst ist, muss ein sicheres Lernumfeld bieten, aktive Antidiskriminierungsarbeit leisten und unterschiedliche Lebensweisen vorstellen.



DIE LINKE fordert

- Überwindung des mehrgliedrigen Schulsystems. Eine Schule für alle Kinder und Jugendliche bis zur 10. Klasse.
- Kurze Beine, kurze Wege: wohnortnahe Schulen insbesondere im Grundschulbereich.
- Bauliche und personelle Voraussetzungen für Inklusion zu schaffen.
- Ausweitung der Schulsozialarbeit.
- Demokratische Beteiligung von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern bei schulischen Entscheidungen.
- Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern zur Durchsetzung des individuellen Diskriminierungsschutzes und der Entwicklung einer Antidiskriminierungskultur in den Schulen.
- Umsetzung der Forderungen von Stadtelternebeirat und Stadtschüler_innenrat nach einer modernen technischen Ausstattung der Schulen sowie nach W-LAN.

Für eine echte Ganztagschule

Immer mehr Eltern arbeiten. Sie brauchen eine ganztägige Betreuung für ihre Kinder. In Frankfurt werden jedes Jahr etwa 5.000 Kinder eingeschult. Da viele Grundschulen noch kein verlässliches Ganztagsangebot haben, wird eine Nachmittagsbetreuung benötigt. Davon gibt es zu wenig. Für Eltern von Grundschüler_innen, die keinen Hort- oder Betreuungsplatz gefunden haben, kann das dramatische Folgen haben. Sie stehen vor dem Dilemma, ihren Job aufgeben oder gar umziehen zu müssen.



DIE LINKE fordert

- Ausbau echter Ganztagschulen. Unterricht und schulische Angebote am Vormittag und am Nachmittag müssen besser aufeinander abgestimmt werden.
- Die Stadt muss die räumlichen Voraussetzungen schaffen: Dazu gehören Cafeterien, Schulbibliotheken, Arbeitsplätze für Lehrpersonal, Rückzugsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, angemessene Gruppenräume, benutzbare Turn- und Schwimmhallen. Der Einsatz von Containern ist keine Lösung.
- Mehr technische Schulassistent_innen und Hausmeister_innen, die das Schulgebäude pflegen und auch für hygienische Zustände insbesondere in den Sanitärbereichen sorgen.
- Bis es eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen gibt, müssen genügend Kita- und Hortplätze mit ausreichendem und angemessen entlohntem Personal angeboten werden – insbesondere im Grundschulbereich.
- Gewährleistung einer durchgehenden Betreuung: Betreuungsangebote auch für erkrankte Kinder und in den Ferienzeiten.

Berufsausbildung

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist mitentscheidend für das Gelingen des weiteren beruflichen Lebens. Damit Jugendliche nicht schon an der ersten Schwelle scheitern, muss die Stadt mehr tun. Denn immer noch gehen zu viele Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus.

Etliche Berufsschulen sind in ebenso schlechtem baulichem Zustand wie die allgemeinbildenden Schulen. Dies muss bei der nächsten Entwicklung des Schulentwicklungsplanes „**Berufliche Schulen**“ berücksichtigt werden.



DIE LINKE fordert

- Städtische Beratungsangebote gemeinsam mit Kooperationspartnern wie Schulen, Volkshochschule, Agentur für Arbeit oder Industrie- und Handelskammer ausbauen und besser koordinieren.
- Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der Stadt Frankfurt und den städtischen Unternehmen.
- Den Auf- und Ausbau von Jugendbeschäftigungsgesellschaften in städtischer Regie für Jugendliche, die sonst keinen Ausbildungsplatz finden.
- Die notwendige Sanierung von Berufsschulen ist voranzubringen.

Erwachsenenbildung

Lernen endet nicht mit dem Besuch der Schule und dem Abschluss der Ausbildung. Wir wollen, dass Menschen jeden Alters Zugang zu Bildung haben. Mit der Volkshochschule hat die Stadt die Möglichkeit, auch elementare Bildungsangebote zu schaffen, z.B. Alphabetisierungskurse für Erwachsene, auch um Bildungsvoraussetzungen nachzuholen.



DIE LINKE fordert

- Elementare Bildungsangebote an der Volkshochschule sollen gebührenfrei sein.
- Die VHS-Kursleiter_innen, die bisher auf Honorarbasis arbeiten, müssen zukünftig tariflich entlohnt werden. Bei privaten Anbietern der Erwachsenenbildung muss dies ebenfalls sichergestellt werden.
- Auf Qualität wie angemessene Kursgrößen und räumliche Ausstattung ist zu achten.



Klinikum Frankfurt

Gesundheit ist keine Ware

Gesundheit und Pflege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht dem Gewinnstreben einzelner Unternehmen überlassen werden. Gewinne in diesen Bereichen gehen auf Kosten der Beschäftigten, die unter Dumpinglöhnen, Arbeitsverdichtung und Absenkung der Fachkräftequote leiden, sowie der Patientinnen und Patienten. Nicht die Kosten, sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der Stadt Frankfurt stehen.

Deshalb lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Krankenhäusern generell ab. Die eingeleitete Fusion des kommunalen Krankenhauses in Höchst mit den Main-Taunus-Kliniken darf nicht zu einer schleichenden Privatisierung führen. Auch die Vergabe einzelner Bereiche innerhalb des Krankenhauses, wie zum Beispiel der Küche oder der Reinigung, an private Unternehmen lehnen wir ab.

Um eine bestmögliche Versorgung von Patientinnen und Patienten, ein gutes Arbeitsumfeld und optimale Abläufe zu ermöglichen, muss der Neubau der Klinik in Höchst endlich realisiert werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das städtische Klinikum Höchst als kommunales Unternehmen erhalten bleibt und solidarisch finanziert wird.

Frankfurt braucht auch eine bessere Palliativmedizin und den Ausbau an Hospizangeboten. Der Wunsch todkranker Menschen, in vertrauter Umgebung oder in einem Hospiz in Würde zu sterben, darf nicht an fehlenden finanziellen Mitteln oder dem Mangel an Plätzen scheitern.



DIE LINKE fordert

- Neubau des Klinikums Höchst und Erhalt in kommunaler Trägerschaft.
- Aufbau eines niedrighschwelligigen Angebots für die medizinische Versorgung von so genannten Wanderarbeitern und Obdachlosen.
- Schaffung neuer Hospize und Erweiterung der bestehenden Förderung der ambulanten Palliativmedizin.
- Um Migrant_innen den Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung zu erleichtern, sind vermittelnde Angebote, Sozialarbeiter_innen, Übersetzer_innen und Mediziner_innen nötig, die über die interkulturelle Kompetenz verfügen, um insbesondere Frauen den Zugang zum hiesigen Gesundheitssystem zu ebnen.

Mobilität für alle - Verkehrswende durchsetzen

Mobilität ist eine Voraussetzung für Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Deshalb wollen wir den ÖPNV ausbauen, die viel zu hohen RMV-Fahrpreise schrittweise senken und mittelfristig einen Nulltarif einführen, damit Busse und Bahnen für alle Menschen attraktiv sind. Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert und fährt auf Verschleiß. Wir wollen den Autoverkehr in der Stadt reduzieren, indem wir gute Alternativen schaffen. Denn ein lebenswertes Frankfurt bedeutet auch, die Belastung durch Lärm, Abgase und Schadstoffe zu verringern.

Eine solche soziale und ökologische Verkehrswende ist machbar. Dabei geht es nicht um Verzicht, sondern um lebenswerte Städte. **DIE LINKE will die Menschen in den Mittelpunkt stellen und Mobilität so organisieren, dass sie mehr Lebensqualität für alle bietet und die Schäden für Mensch und Natur auf ein Minimum reduziert.**

Ausbau des ÖPNV-Angebots

Damit der Autoverkehr verringert, insbesondere auch der motorisierte Pendlerverkehr vermieden und auf öffentliche Verkehrsmittel verlagert werden kann, müssen die Finanzmittel für den ÖPNV erhöht, die Infrastruktur verbessert und der barrierefreie Umbau vorangetrieben werden. Dazu gehören die Verwirklichung der Regionaltangente West, der Ausbau des Straßenbahnnetzes durch neue Linien und Verknüpfungen, bessere Umsteigemöglichkeiten und ein engeres Haltestellennetz sowie eine höhere Taktfrequenz, die Einbeziehung der Hafenbahn in das Tramnetz, der Lückenschluss der U4 und die Verlängerung der U7 nach Maintal.

Eine soziale und ökologische Verkehrswende ist machbar.



DIE LINKE fordert

- Mehr Geld für den ÖPNV und notwendige Investitionen in den Erhalt und Ausbau.
- Die Verkehrsleistungen in Frankfurt müssen direkt an das kommunale Verkehrsunternehmen VGF vergeben werden. Die Einhaltung der Sozial-, Tarif- und Umweltstandards muss gewährleistet werden.
- Eine Beschleunigung des ÖPNV durch Ampelvorrangschaltung und eigene Spuren für Straßenbahnen und Busse.
- Eine bessere Kombinierbarkeit mit dem Radverkehr (Leihsystem, Stellplätze).
- Der ÖPNV zur Nachtzeit ist auszubauen.
- Bis 2022 muss im öffentlichen Personenverkehr, den gesetzlichen Verpflichtungen gemäß, die vollständige Barrierefreiheit erreicht sein.
- Die Kürzung im Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung muss zurückgenommen werden.
- Auch das Taxigewerbe ist Teil des ÖPNV. Die Anzahl der Konzessionen ist zu verringern, die Umstellung der Taxiflotte auf Elektroautos zu fördern und attraktive Halteplätze auszuweisen.

Bitte einsteigen! Nulltarif im ÖPNV – sozial und ökologisch

Wir wollen einen flächendeckenden ÖPNV mit deutlich besserer Qualität erreichen. **Die richtige Antwort ist aus unserer Sicht der Nulltarif. DIE LINKE will, dass mittelfristig alle Menschen den ÖPNV nutzen können, ohne einen Fahrschein kaufen zu müssen.** Den Nulltarif wird es nicht umsonst geben; er kann finanziert werden über mehr Steuermittel für den ÖPNV und eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen. Bis der Nulltarif

umgesetzt ist, wollen wir die Fahrpreise deutlich senken und den Verbund aus öffentlichem Nahverkehr, Rad- und Fußverkehr stärken.



DIE LINKE fordert

- Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung des Nulltarifs, um mittelfristig die Finanzierung des ÖPNV auf neue Füße zu stellen und eine fahrscheinlose Nutzung zu ermöglichen.
- Eine Vereinfachung des Tarifsystems und eine Senkung der Fahrpreise.
- Die Einführung eines kostenlosen Tickets für alle Schüler_innen und Auszubildenden in Frankfurt. An den Wochenenden und in den Ferien soll dieses hessenweit gelten.

Fuß- und Radverkehr

Um das Ziel einer „**Stadt der kurzen Wege**“ zu erreichen, müssen möglichst viele Mobilitätsziele des alltäglichen Bedarfs wohnortnah zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbar sein. Dazu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.



DIE LINKE fordert

- Eine für Zufußgehende bessere Gestaltung des Straßenraumes, bspw. durch weniger parkende Autos, mehr Zebrastreifen und eine günstigere Schaltung der Ampeln.
- Den Ausbau der stückweise vorhandenen Fahrradwege und Radschnellverbindungen zu einem die ganze Stadt verbindenden Radspurnetz; auf der Fahrbahn und wo dies möglich ist mit Schutzstreifen.



DIE LINKE fordert

- Sichere Radabstellmöglichkeiten vor allem in den dicht bebauten Gründerzeitvierteln und Einkaufsquartieren, an den Stationen des ÖPNV und am Hauptbahnhof.
- Fahrradstationen an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten mit (Selbsthilfe-) Werkstatt, Pedelec-Ladestation und Fahrradverleih.

Bevorzugung des motorisierten Verkehrs schrittweise abbauen

Es gibt viele Stellschrauben, um die Verkehrswende in Frankfurt voranzubringen und den Autoverkehr zu reduzieren.



DIE LINKE fordert

- Autofreie Wohnquartiere, eine deutliche Vermehrung autobefreier Kernbereiche in den Quartierszentren und die Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen.
- Die Ausweitung von Geschwindigkeitsbeschränkungen: 80 km/h auf Autobahnen innerhalb der Stadt und Ausweitung der Tempo-30-Zonen.
- Die Stellplatzabgabe und die Parkgebühren werden ausschließlich zum Ausbau der Fuß- und Radverkehrswege sowie des ÖPNV verwendet.
- Ein Ende des Ausbaus des Autobahnnetzes in und um Frankfurt. Wir wollen die Einhausung von Autobahnabschnitten im Stadtgebiet, wo dies umwelt- und gesundheitspolitisch geboten ist.
- Im Stadtgebiet müssen hohe Umweltstandards für Fahrzeuge gelten.



DIE LINKE fordert

- Die Einführung neuer Antriebskonzepte ist eine Chance, die Luftbelastung in Frankfurt zu senken. Die Stadt Frankfurt und die überwiegend in ihrem Besitz befindlichen Unternehmen (VGF, Mainova, FES) müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen.
- Car-Sharing-Projekte können einen Beitrag zur Luftverbesserung und Verkehrsverminderung im Stadtgebiet leisten. Solche Projekte sind von der Stadt zu fördern.



Fluglärm bekämpfen – Gesundheit vor Profite!

Der Lärm durch den Frankfurter Flughafen ist für viele Menschen unerträglich. Ihr Zuhause ist unbewohnbar geworden. Fluglärm belästigt nicht nur, er macht krank und lässt Kinder langsamer lernen. Hinzu kommt die Emission von Feinstaub und Schadgasen, unter denen vor allem die Menschen in den Einflugschneisen leiden.

Unbestritten hat der Flughafen Rhein-Main für die Region eine große wirtschaftliche Bedeutung. DIE LINKE ist nicht gegen den Flughafen. An der Seite der Bürgerinitiativen und gemeinsam mit vielen anderen Menschen kämpft DIE LINKE aber gegen das ungebremste Wachstum des Luftverkehrs und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen.

Wir lehnen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens konsequent ab.

Die Arbeitsplatzprognosen über die „*Jobmaschine Flughafen*“ haben sich als unhaltbar erwiesen. Hier wurde mit von der Fraport AG bestellten und bezahlten Gefälligkeitsgutachten gearbeitet. Und das Ende ist noch nicht erreicht. Nach dem Willen der Fraport soll der Flughafen durch den Bau von Terminal 3 weiter wachsen und Zahl der Flugbewegungen weiter steigen. Dadurch würden die Menschen in der Region noch stärker belastet durch Lärm und Schadstoffe.

DIE LINKE lehnt einen weiteren Flughafenausbau konsequent ab und steht an der Seite der Bürgerinitiativen für eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr. CDU, SPD und FDP haben den Flughafenausbau immer befürwortet, die Grünen in Stadt und Land sind eingeknickt vor Fraport und ihrem Koalitionspartner CDU. In Frankfurt hat der grüne Dezernent Olaf Cunitz die Baugenehmigung für Terminal 3 erteilt - obwohl wichtige Voraussetzungen gar nicht vorlagen. Im Land haben sich die Grünen von ihren Forderungen nach einem achtstündigen Nachtflugverbot, der Reduzierung von

Flugbewegungen und der Verhinderung von Terminal 3 verabschiedet. Stattdessen versucht der grüne Verkehrsminister Tarek Al-Wazir, die Anwohner mit Mogelpackungen wie den „Lärmpausen“ abzuspeisen. Hierdurch wird der Lärm nicht reduziert, sondern lediglich anders verteilt. **DIE LINKE ist der Meinung: Wer Fluglärm verringern will, muss die Flugbewegungen reduzieren.**

Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen und den gesundheits- und klimaschädlichen Flugverkehr zu verringern, wollen wir ein integriertes Verkehrskonzept zwischen Schiene und Flugverkehr auf deutscher und europäischer Ebene. Flughäfen müssen miteinander kooperieren, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu maximieren. Große Teile des innereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene und die meisten Frachtflüge auf andere Verkehrsträger verlagert werden. Über die Hälfte aller Passagierflüge am Frankfurter Flughafen sind Kurzstreckenflüge. Etwa 16 Prozent aller Flüge könnten sofort durch Bahnfahrten von maximal vier Stunden ersetzt werden.

Die Stadt Frankfurt ist Miteigentümerin des Flughafens und trägt auch Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Dieser Verantwortung muss die Stadt endlich gerecht werden. Lärminderung und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen gehen.



DIE LINKE fordert

- Schließung der neuen Landebahn.
- Stopp des Baus von Terminal 3.
- Eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr.
- Ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Verlagerung möglichst vieler Kurzstreckenflüge auf den Zugverkehr.
- 100 Prozent Entschädigung der Anwohner dort, wo eine Lärmmin-derung nicht möglich ist. Der Flughafenbetreiber muss die Kosten dafür tragen.
- Lärmschutz für alle betroffenen Schulen und sozialen Einrichtun-gen verbessern.



Energiewende umsetzen - sozial und demokratisch

Unser Ziel ist die ressourcen- und klimaschonende Versorgung mit Wärme und Strom. Die demokratische Kontrolle über Energieproduktion und Verteilungsnetze bilden eine wichtige Voraussetzung für die Energiewende.



DIE LINKE fordert

- Die stadt eigene Mainova muss wieder unter die demokratische Kontrolle des Stadtparlaments gestellt werden.
- Die transparente Gestaltung der Gas- und Strompreise bei der Mainova und die Einführung eines kostengünstigen Grundkontingents. Keine Abschaltungen von Strom oder Gas durch städtische Energieversorger.
- Verstärkte Maßnahmen zur Wärmedämmung und energetischen Sanierung seitens der stadt eigenen Wohnungsgesellschaften. Die Kosten dafür dürfen nicht im bisherigen Umfang auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden, sondern müssen auf 5 Prozent jährlich begrenzt werden.
- Eine deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien bei der Mainova. Die Kohleverstromung muss beendet, der Bezug von Strom aus Atomkraftwerken eingestellt werden.
- Keine Errichtung von neuen Braunkohlestaubkraftwerken in Frankfurt.



DIE LINKE fordert

- Den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme) in der Nähe der Verbraucher statt neuer Großkraftwerke ohne Abwärmenutzung.
- Kältenetze, um im Sommer die Abwärme der Kraftwerke für die Klimatisierung der Bürogebäude, v. a. der Hochhäuser nutzen zu können.
- Den Ausbau von Wind- und Wasserkraft, Solarstrom, Geothermie und Biomasseverwertung in Kooperation mit anderen Kommunen.

Klima und Umwelt schützen – Tierschutz verbessern

Weltweit lassen sich die Folgen von Umweltzerstörung, Klimawandel, Ressourcenverknappung beobachten. Und wie an vielen anderen Orten ist auch in Frankfurt zu sehen, dass es die finanziell benachteiligten Menschen sind, die dort leben, wo die Belastung durch Lärm, Abgase, Staub und Schmutz besonders stark ist.

Natur- und Umweltschutz sind Voraussetzung für eine soziale Gesellschaft und eine lebenswerte Stadt. Die Verbesserung von Lebensbedingungen und Lebensqualität steht im Mittelpunkt der Umweltpolitik der Partei DIE LINKE.

Eine umweltgerechte Stadt- und Verkehrsplanung unter aktiver Beteiligung der Menschen muss in Frankfurt künftig Standard sein.



DIE LINKE fordert

- Eine Gesamtbelastungsstudie mit Human- und Biomonitoring als Grundlage für Umweltschutz, Verkehrs- und Stadtplanung.
- Einen besseren Schutz vor Lärm und Emissionen. Die Belastungen durch Feinstaub, Stickoxyde und Lärm müssen verringert werden, vor allem durch eine andere Verkehrspolitik (siehe Verkehrskapitel).

Grünflächen und Landschaftsschutz

Stadtgrün verbessert das Mikroklima, filtert Luftschadstoffe, schützt vor Lärm, hebt die Lebensqualität der Menschen und bietet Lebensräume für Tiere. Die vorhandenen Grünflächen sind nicht ausreichend, ihre Pflege

unbefriedigend. Das Stadtbild gleicht vielerorts einer Betonwüste. Erholung wird an den Stadtrand verlagert. DIE LINKE strebt ein städtisches Programm zum Erhalt der Artenvielfalt unter Beteiligung von Bevölkerung und Umweltverbänden an.

Zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe soll die lokale Landwirtschaft unterstützt und umweltverträglicher gestaltet werden.



DIE LINKE fordert

- Mehr „Grüne Inseln“ in der Innenstadt als Orte der Ruhe und Erholung.
- Eine Neuausrichtung und qualitative Verbesserung der Grünflächenpflege in verstärkter Eigenregie der Stadt unter ökologischen Aspekten.
- Maßnahmen, um der weiteren Versiegelung von Flächen entgegenzuwirken.
- Den Grüngürtel im Sinne eines Biotopverbunds ausweiten, Bauvorhaben dort verhindern und die Integration von Naturschutz und Freizeitnutzung verbessern.
- Naherholungsgebiete wie den Stadtwald, das Mainufer, die Stadtparks und Spielplätze erhalten und neue ausweisen.
- Unterstützung der Initiativen für eine Lebensmittelkooperation mit der regionalen Landwirtschaft.

Gewässerschutz und Müllentsorgung

Die Frankfurter Gewässer sind in keinem guten Zustand. Ein großes Problem sind die Nährstoffeinträge aus Landwirtschaft und ungeklärten Abwässern. Diese müssen verringert werden. Die Trinkwasserversorgung ist von der Brauchwasserverwendung zu trennen, die erforderlichen Sammel- und Aufbereitungsanlagen für die Gewinnung von Brauchwasser werden angelegt.

Die Flächenentsiegelung und Nutzung von Niederschlagswasser werden gefördert. Die Vermeidung von Abfall muss das oberste Prinzip der Abfallwirtschaft sein. Damit lässt sich aber schlecht Geld verdienen. Deshalb wurden in Frankfurt die Kapazitäten der Verbrennungsanlagen unnötig erhöht und sogar Müll importiert. Müllverbrennung ist aber keine Wiederverwertung und belastet erheblich die Umwelt.



DIE LINKE fordert

- Frankfurt fördert die Verwendung von Brauchwasser – zunächst für Gewerbe und Landwirtschaft.
- Die Renaturierung von Flüssen und Bächen wird fortgesetzt.
- Keine weiteren Kapazitätserhöhungen bei der Müllverbrennung, stattdessen Müllvermeidung und stoffliche Wiederverwertung.

Umweltlernen und Schutz der Artenvielfalt

Wer einen positiven Bezug zur Natur und Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge hat, wird unsere natürlichen Lebensgrundlagen besser schützen. In der Stadt fehlt häufig der Bezug zur Natur. Die Erhaltung der biologischen Artenvielfalt kann und muss auch im städtischen Raum durch eine ökologische Stadtplanung gefördert werden – auch im Interesse des Klimaschutzes.



DIE LINKE fordert

- Umweltlernen und Schulgärten in Kindergärten und Schulen; bessere Nutzung der Waldschule.
- Umweltbildungsprojekte fördern und ausweiten.
- Förderung des Erhalts der Artenvielfalt.

Tierschutz verbessern

Tiere sind fühlende Wesen. Haus- und Nutztieren steht ein angemessener, artgerechter Umgang zu. Bei Wildtieren treten wir für den Erhalt ihrer Lebensräume ein. Der Tierschutz muss weiter verbessert werden und darf nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet sein.



DIE LINKE fordert

- Eine Verbesserung des Tierschutzes bei der Haltung von Nutztieren in der Landwirtschaft.
- Die Frankfurter Tiertafel in das Förderprogramm der Stadt Frankfurt aufzunehmen, um zu verhindern, dass Tiere aus finanzieller Not abgegeben werden.
- Den Kobelt-Zoo von Seiten der Stadt Frankfurt am Main stärker zu unterstützen, um den frühkindlichen Kontakt mit Tieren zu ermöglichen.
- Erlass der Hundesteuer für mindestens fünf Jahre für Hunde, die aus Tierheimen privat aufgenommen werden.
- Das Stadttaubenprojekt weiter in seiner Arbeit der Reduzierung des Taubenbestands und der Aufnahme verletzter Tiere zu unterstützen.
- Die Lebensräume von Wildtieren in unserer Stadt zu erhalten und auszubauen, insbesondere mehr Brut- und Nistmöglichkeiten zu schaffen.
- Tierschutzvereine und Tierheime, die sich der Wildtiere oder ausgesetzter und streunender Haustiere annehmen, finanziell besser zu unterstützen.
- Die Einführung einer Kastrationspflicht für freilaufende Katzen.
- Auf die hessische Landesregierung einzuwirken, ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen einzuführen.

Demokratie in der Kommune

Das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen, also auch in der Kommunalpolitik, zu gewährleisten. Dies gilt ausnahmslos für alle, die in Frankfurt längerfristig wohnen. Demokratische Rechte sind zu erweitern. Die Stärkung der direkten Beteiligung an politischen Entscheidungen ist ein wichtiges Element, die anwachsende Zahl der Nichtwähler wieder zu verringern. Um die demokratische Teilhabe junger Frankfurterinnen und Frankfurter zu ermöglichen, soll das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr gelten.

Die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen sind die Ortsbeiräte. Hier können unmittelbar Probleme eingebracht und Wünsche artikuliert werden. Die Ortsbeiräte sind gegenüber dem Magistrat und dem Stadtparlament zu stärken. Mitbestimmung erfordert Transparenz. Verträge der Stadt dürfen nicht in Hinterzimmern verhandelt, sondern müssen einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.

Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen sind auch ein Abbau von Demokratie. DIE LINKE lehnt Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA ab, weil sie die Demokratie aushebeln und die Entscheidungsrechte von Parlamenten einschränken. Durch sie wären weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vorprogrammiert, und Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche würden erschwert.

Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA fördern den Abbau von Demokratie in den Kommunen. Auch deshalb sind sie abzulehnen.



DIE LINKE fordert

- TTIP, CETA und TISA verhindern!
- Die schleichende Entmachtung der demokratischen Einflussmöglichkeiten durch Privatisierungen muss gestoppt werden.
- Volles Einsichtsrecht in kommunale Akten für alle Gremien.
- Städtische Daten sind, übersichtlich nach Stadtteilen geordnet und für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Ortsbeiräten nachvollziehbar, zu veröffentlichen.
- Wahlrecht für alle ab 16 Jahren.
- Die Ortsbeiräte erhalten ein aufschiebendes Veto-Recht für Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bei Entscheidungen, die ausschließlich den eigenen Ortsbezirk betreffen.
- Das Ortsbeiratsbudget ist anzuheben.
- Demokratische Beteiligung setzt Zugang zu Informationen voraus. Um dies zu gewährleisten, muss der Breitbandausbau vorangebracht und kostenfreies W-LAN ausgeweitet werden.

Demokratisierung der Stadtverwaltung

Die Kontrolle der Arbeit des Magistrats und der Stadtverwaltung ist eine wichtige Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverwaltung unterliegt einem erheblichen Anpassungsdruck, der zu umfangreichen Neustrukturierungen bei der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben geführt hat.

Basis der sogenannten Modernisierungen war das Ende der 80er Jahre entwickelte „*Neue Steuerungsmodell*“. So wurden Controlling, Budgetierung, kaufmännische Buchführung und die Entwicklung sogenannter Produktkataloge in der öffentlichen Verwaltung eingeführt. Verwaltungen sollen danach wie Wirtschaftsunternehmen arbeiten - Stichwort „*Konzern Stadt*“.

Sparsamer Personaleinsatz und ständige Aufgabenkritik (Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) sollten die Verwaltung flexibler, kostengünstiger und bürgerfreundlicher machen. Folge war aber keineswegs eine effiziente und bürgernahe Verwaltung. Städtische Einrichtungen, wie z. B. kommunale Kitas, wurden in private Rechtsformen überführt. Damit wurde die politische Kontrolle erschwert. Zusätzlich wurden die in den Stadtteilen angebotenen Dienstleistungen, z.B. das Jugend- und Sozialamt aufgelöst bzw. zentralisiert. Für die Frankfurterinnen und Frankfurter bedeutet das erhöhten Zeitaufwand und Fahrtkosten.

Gespart wird bei den Mitarbeiter_innen, die die Dienstleistungen für die Stadtbevölkerung erbringen. So sollte der öffentliche Dienst preiswerter werden. Tatsächlich wurden aber Stabsstellen und Grundsatzabteilungen personell aufgestockt und die Verwaltung mit oft extern moderierten Organisationsuntersuchungen beschäftigt, ohne dass die Verwaltungspraxis sich deshalb wahrnehmbar verbesserte. Vielmehr führte das „*Neue Steuerungsmodell*“ zu Ämteregoismus und behinderte die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung. Doch eine bürgerfreundliche Verwaltung setzt qualifizierte und engagierte Mitarbeiter_innen voraus. Ohne eine handlungsfähige bürgernahe Verwaltung gehen viele politische Initiativen ins Leere.



DIE LINKE fordert

- Demokratisierung der Stadtverwaltung und stärkere Kontrolle durch das Stadtparlament.
- Ausrichtung der Stadtverwaltung nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger statt auf betriebswirtschaftliche Konzernstrukturen.
- Keine Kürzung bei den Beschäftigten in der Stadtverwaltung, insbesondere im Bereich der bürgernahen Dienstleistungen.
- Keine weiteren Auslagerungen und Privatisierungen, sondern Wiedereingliederung und Rekommunalisierung von Dienstleistungen.
- Bürger- und wohnortnaher Zugang zu Ämtern und Behörden statt Zentralisierung und Rückzug aus den Stadtteilen.

Datenschutz statt Überwachung

Durch Überwachung und Ausspähung der öffentlichen und privaten Räume ist die Ausübung demokratischer Rechte bedroht. Zugunsten einer vermeintlichen Sicherheit – die es hundertprozentig nicht gibt – werden Freiheit und Selbstbestimmung ausgehebelt. Konflikte und Kriminalität sind auch Folgen von gesellschaftlicher Ausgrenzung.



DIE LINKE fordert

- Statt Überwachung: Prävention in Stadtteilen und Schulen stärken.
- Ausgrenzung und Gentrifizierung verhindern.
- Reduzierung der Überwachungskameras im öffentlichen Raum.
- Einrichtung eines unabhängigen kommunalen Datenschutzbeauftragten, der die Rechte der Bürger gegenüber der Verwaltung vertritt. Dazu muss die Hessische Gemeindeordnung geändert werden.

Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten – Flüchtlinge willkommen

Frankfurt ist eine internationale Stadt. Nahezu die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner hat Eltern oder Großeltern, die nicht aus Deutschland stammen. Menschen aus über 180 verschiedenen Nationalitäten leben hier. Diese kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung.

DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller längerfristig in Frankfurt lebenden Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse ein. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen fällen, die ihre Zukunft betreffen.

Deshalb wollen wir das kommunale Wahlrecht ausweiten. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für ein kommunales Wahlrecht nicht schafft, müssen die Ausländer_innenbeiräte aufgewertet und andere Wege der Mitwirkung für Migrantinnen und Migranten geschaffen werden.

Das „*Integrations- und Diversitätsmonitoring*“ der Stadt Frankfurt zeigt Defizite in der Sprachförderung und damit in der Bildungsarbeit auf, sowie bei dem Zugang zum Arbeitsmarkt und damit der materiellen Absicherung der Familien.

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch immer große Hürden für Menschen mit Migrationshintergrund, und viele arbeiten in Niedriglohnjobs zu unsicheren Bedingungen. Im Ausland erworbene Berufsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen, erfordert viel Mühe und Bürokratie. Auch hier könnte die Stadt mehr tun als bisher.

Das Demokratieprinzip gebietet, dass alle Menschen, die in Frankfurt leben, gemeinsam die kommunalen Entscheidungen fällen.



DIE LINKE fordert

- Alle in Frankfurt lebenden Migrantinnen und Migranten sollen das kommunale Wahlrecht erhalten, angepasst an das Wahlrecht für EU-Bürger.
- Aufwertung der Ausländer_innenbeiräte.
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, um die gesellschaftliche Vielfalt auch in der Stadtverwaltung abzubilden.
- Unterstützung und Ausweitung der bestehenden Beratungsangebote zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- Ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen.
- Eine Verbesserung der Bildungssituation von den Kitas bis in die Oberstufe. Dies kommt allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft zugute.
- Konkrete Schritte der Stadt Frankfurt gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Flüchtlinge in Frankfurt willkommen heißen

Stadt und Land müssen für eine menschenwürdige Unterbringung sorgen.

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Konflikten und Armut. Kriege und Konflikte, die oft genug durch militärische Einsätze der Bundeswehr und deutsche Rüstungsexporte verschärft wurden.

Viele von ihnen haben einen langen und gefährlichen Fluchtweg hinter sich, haben Angehörige verloren und sind traumatisiert. Sie in Frankfurt willkommen zu heißen, bedeutet, ihnen Empathie und Sicherheit entgegenzubringen, statt bürokratische Hürden aufzutürmen. Stadt und Land

• Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten – Flüchtlinge willkommen

müssen für eine menschenwürdige Unterbringung und gute soziale, medizinische und psychologische Betreuung sorgen. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist vielerorts völlig unzureichend. Viele Flüchtlinge leben über Monate oder gar Jahre in überfüllten Massenunterkünften, auf engstem Raum und ohne ausreichende Intimsphäre. Das Engagement von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Kirchengemeinden und vielen Ehrenamtlichen, die sich aktiv und aufopfernd einbringen, kann die Missstände nur abmildern. Wir wollen eine echte Willkommenskultur in Frankfurt verankern. Dazu muss in erster Linie das Land, aber auch die Stadt ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.



DIE LINKE fordert

- Versorgung von Flüchtlingen mit angemessenem Wohnraum, nicht in Gemeinschaftsunterkünften, sondern dezentral im Rahmen des allgemeinen Wohnungsmarktes. Dazu müssen landesweite Mindeststandards eingeführt werden.
- Gute medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuungsangebote für Flüchtlinge.
- Jugendlichen Flüchtlingen muss der Schulbesuch ermöglicht und erleichtert werden.
- Getrennte Unterbringung von alleinstehenden Frauen (und ihren Kindern) und uneingeschränkter Zugang zu Frauenhäusern.
- Möglichkeit zum Wohnortwechsel für von Gewalt betroffene Frauen.
- Ausweitung des Angebots an Alphabetisierungs-, Sprach- und Integrationskursen mit Kinderbetreuung.



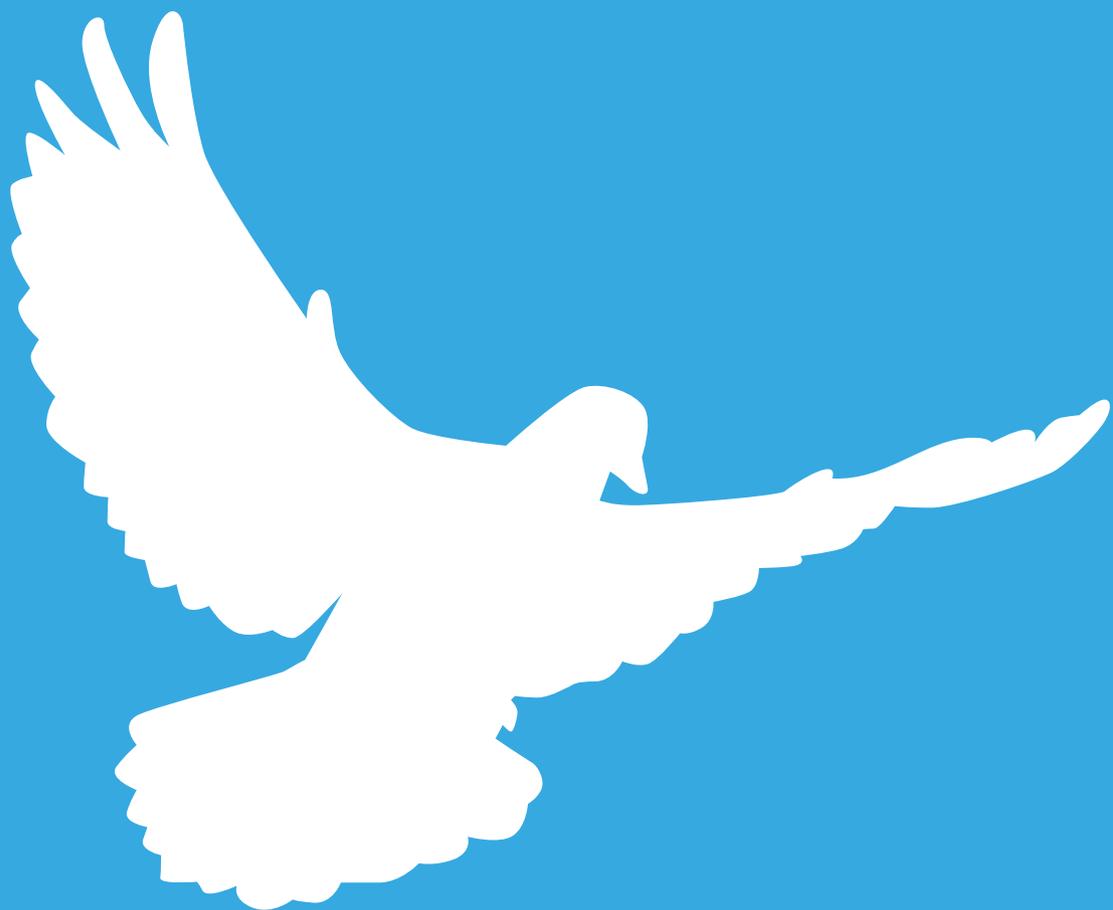
Kein Platz für Rassismus und Nazis!

Frankfurt ist eine weltoffene und internationale Stadt, in der Rassismus und Nazis keinen Platz haben dürfen. Wir sind stolz darauf, dass, wann immer Aufmärsche von Nazis angekündigt werden, sich ihnen tausende Menschen in den Weg stellen. Der Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen, rechte Ideologien und Frauenfeindlichkeit ist eine tägliche Aufgabe. Als LINKE arbeiten wir mit in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus und Faschismus.



DIE LINKE fordert

- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Diskriminierung und rechte Gewalt.
- Verbesserte Aufklärungsarbeit, insbesondere an den Schulen.
- Unterstützungsangebote für Menschen, die Opfer von rassistischem Mobbing, Diskriminierung und rechter Gewalt wurden.
- Keine Genehmigung von Nazi-Aufmärschen in der Stadt.
- Organisierte Rassisten und Nazis dürfen keinen Platz auf den Straßen haben.



Friedenspolitik vor Ort: Kein Platz für Militarismus!

Auch wenn die außenpolitischen und militärischen Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestag getroffen werden, ist Friedenspolitik ein wichtiges Thema vor Ort in den Kommunen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Auslandseinsätze, Rüstungsexporte und Aufrüstung. Und das ist gut so. Gleichwohl unternimmt die Bundeswehr große Anstrengungen, dies zu verändern. Sie zielt dabei insbesondere auf die Jugend in Schulen. Auch in Berufsbildungszentren der Arbeitsagentur und auf verschiedenen Ausbildungsmessen versucht die Bundeswehr zu werben. Gegenkundgebungen und Aufklärungsaktionen auf Plätzen und in Messehallen, die die Stadt Frankfurt vermietet, wurden in der Vergangenheit immer wieder be- bzw. verhindert. DIE LINKE arbeitet in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Krieg und Aufrüstung mit. Deshalb kämpft DIE LINKE gegen Werbung der Bundeswehr in Frankfurt, die Teil der Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist. In Frankfurt darf es keinen Platz für Kriegsvorbereitung geben!



DIE LINKE fordert

- Städtische Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Werbung für Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- Militärfreie Schulen: Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen. Die Stadt soll entsprechende Initiativen an den Schulen unterstützen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem hessischen Kultusministerium und Bundeswehr muss aufgelöst werden.
- Soldat_in ist kein normaler Beruf! Keine Anwerbung von Soldaten im Rahmen der Arbeitsagentur.

GEGEN
DAS
PATRIARCHAT



Gleichstellung von Männern und Frauen verwirklichen

Obwohl die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Grundgesetz verankert ist, lässt die praktische Verwirklichung nach wie vor zu wünschen übrig.

Sorge- und Pflegearbeit, die Erziehung von Kindern und Hausarbeit werden größtenteils von Frauen geleistet und finden entweder im Privaten unentgeltlich oder beruflich mit geringer Anerkennung, unsicheren Arbeitsverhältnissen und unterdurchschnittlicher Bezahlung statt. Dafür, dass sie diese zentralen gesellschaftlichen Aufgaben übernehmen, zahlen diese Frauen einen hohen Preis.

In Frankfurt arbeiten 37 Prozent der Frauen in Teilzeitbeschäftigung. Viele tun dies notgedrungen, weil sie Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder weil sie keinen Vollzeitjob finden. Das ist keine gleichwertige Teilhabe am Arbeitsmarkt, denn Teilzeitarbeit ist mit eingeschränkten Karrierechancen verbunden, einem geringeren Lohn und hat eine niedrigere Rente zur Folge. Frauen verdienen bei gleicher Tätigkeit im Durchschnitt ein Fünftel weniger als Männer. Selbst in Branchen mit hohem Frauenanteil, wie dem Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, sind die Gehälter für Frauen geringer und Karriereoptionen nicht ausreichend vorhanden. Hürden, die Frauen den Weg zu einer existenzsichernden Erwerbsarbeit erschweren, müssen abgebaut werden. In Institutionen und Betrieben muss eine familienunterstützende Kultur etabliert werden.

Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung betroffen.

Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist die Lebenssituation von Alleiner-

ziehenden. In Frankfurt leben 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit nur einem Elternteil. Das Armutsrisiko dieser Gruppe ist besonders hoch. So sind über 41 Prozent aller Alleinerziehenden auf Hartz IV angewiesen.

Jede vierte Frau wird im Verlauf ihres Lebens Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt. Deshalb darf bei Frauenhäusern und Beratungsstellen nicht gekürzt werden, wie es die Landesregierung unter Roland Koch getan hat, sondern diese wichtigen Angebote müssen gefördert und ausgebaut werden.



DIE LINKE fordert

- Die Schaffung tariflich entlohnter und sozialversicherungspflichtiger Arbeit, um mehr Frauen eine selbstständige, eheunabhängige Existenzsicherung und Altersvorsorge zu gewährleisten.
- Zurückdrängung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, in denen Frauen mehrheitlich arbeiten.
- Bessere Kinderbetreuung und echte Ganztagschulen, damit mehr Frauen eine Vollzeitbeschäftigung ermöglicht wird.
- In städtischen Betrieben muss eine familienfreundliche Betriebskultur, z.B. Regelungen zur Lage und Verteilung der Arbeitszeit, verankert werden.
- Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist eine wesentliche Aufgabe der Stadt. Die Zuständigen im Bereich der Sozialarbeit und bei Polizei und Behörden müssen spezifisch für dieses Problem geschult und die finanzielle Förderung von Frauenhäusern und Opferschutzeinrichtungen ausgeweitet werden.



DIE LINKE fordert

- Erhalt und Ausbau von Netzwerken (Arbeitsagentur, Sozial- und Jugendamt, Wohnungsamt, freie Verbände und Initiativen) zur Unterstützung und Beratung von alleinerziehenden Müttern bei der Arbeitssuche, Kinderbetreuung, Wohnungsbeschaffung und Versorgung in Notfällen.
- Unterbindung von Werbung, die stereotype Geschlechterrollen propagiert und Frauen sexualisiert oder anders diskriminierend darstellt, bei allen Außenwerbeanlagen in städtischer Hand.



Inklusion verwirklichen

Kein Mensch darf ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Viele Menschen mit Behinderungen machen tagtäglich die Erfahrung, dass sie an Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht teilnehmen können, weil es ein unzureichendes Mobilitätsangebot und keine Barrierefreiheit gibt. Auch ihr Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist mit hohen Hürden versehen. Das wollen wir ändern, um das Recht auf Inklusion durchzusetzen. Dabei wollen wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern Projekte und Vereine für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen stärken.



DIE LINKE fordert

- Erarbeitung eines Aktionsplans Inklusion, um die **„UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“** auf kommunaler Ebene umzusetzen.
- Verbesserung der Frühförderung von Kleinkindern mit Behinderung und Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten.
- Kitas und Schulen, die inklusiv sind. Kinder mit und ohne Behinderung sollen zusammen aufwachsen, um frühzeitig und ohne Vorbehalte mit- und voneinander lernen zu können.
- Fahrdienste für Menschen mit Behinderung dürfen nicht gekürzt, sondern müssen ausgebaut werden, damit gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird.



DIE LINKE fordert

- Barrierefreiheit im ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und städtischen Einrichtungen ist ausnahmslos zu gewährleisten.
- Eine Ausweitung der Fördermaßnahmen zur Eingliederung (bzw. Wiedereingliederung) von Menschen mit Behinderung ins Berufsleben.
- Förderung des „betreuten Wohnens“ in den eigenen vier Wänden.
- Der Umbau zu barrierefreien Wohnungen muss vereinfacht werden, und Wohnprojekte für Behinderte in urbaner Lage sind finanziell zu fördern.
- Vereine für selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen sollen gestärkt und besser gefördert werden.

Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche

In einer demokratischen Gesellschaft müssen Kinder und Jugendliche in den sie betreffenden Bereichen mitsprechen und mitbestimmen dürfen. Bisher wird vielfach über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg entschieden. Das wollen wir ändern.



DIE LINKE fordert

- Kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren.
- Demokratische Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an schulinternen und schulpolitischen Entscheidungsprozessen.
- Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes der Stadt Frankfurt. Dieses muss mit Mitbestimmungsrechten in allen Belangen, die Kinder und Jugendliche betreffen, ausgestattet sein.

Verbesserte Jugendarbeit statt Kürzungen

Kinder- und Jugendeinrichtungen sind in den vergangenen Jahren nicht von der Kürzungspolitik von Schwarz-Grün verschont geblieben. Dabei wäre es gerade angesichts hoher Kinderarmut und sozialer Polarisierung notwendig, mehr finanzielle Mittel und mehr Personal für die Jugendarbeit und Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen. Die Arbeit der Jugendeinrichtungen ist auszuweiten, um ein attraktives und kostenloses Freizeitangebot zu schaffen und

Angesichts hoher Kinderarmut und sozialer Polarisierung ist es notwendig, mehr Mittel für Jugendarbeit und Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen.

Kindern und Jugendlichen in Not Anlaufpunkte zu bieten. Auch die Schulsozialarbeit wollen wir ausweiten und die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen erhöhen. Dafür sind zusätzliche Mittel vom Land nötig.



DIE LINKE fordert

- Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.
- Bessere Ausstattung der städtischen Jugendhäuser mit Sachmitteln und Personal.
- Ausbau der Zusammenarbeit der Jugendhäuser mit Kultur- und Bildungseinrichtungen, z.B. der Volkshochschule.
- In jedem Stadtteil soll es einen offenen Jugendtreffpunkt als Freiraum geben. Den Jugendlichen ist hier größtmögliche Mitsprache und Selbstverwaltung einzuräumen.
- Ausweitung der Schulsozialarbeit und mehr Schulpsychologinnen sowie Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit.
- Im Zuschussbereich der Kinder- und Jugendförderung sind ausreichende Mittel bereitzustellen, um die Maßnahmen, die der Fachausschuss für notwendig hält, umzusetzen.
- Bessere Finanzierung der Jugendverbände.
- Die Vernetzung in den Arbeitsfeldern Mädchen- und Jungenarbeit ist zu unterstützen.

Ausbildung und Beruf

Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung. Die Stadt Frankfurt muss sich dafür engagieren, dass alle Jugendlichen, die dies wollen, eine Berufsausbildung erhalten können (siehe auch Kapitel „**Solidarisch wirtschaften – Gute Arbeit fördern**“.)



DIE LINKE fordert

- Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der Stadt Frankfurt und den städtischen Unternehmen.
- Den Auf- und Ausbau von Jugendbeschäftigungsgesellschaften in städtischer Regie für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden.
- Für benachteiligte Jugendliche besondere pädagogische Förderungsprojekte.
- Jugendliche und junge Erwachsene dabei zu unterstützen, ihre Berufswahl nicht von Geschlechtszuschreibungen abhängig zu machen, sondern von ihren Interessen und Fähigkeiten.

Kultur und Freizeit

Wir wollen die Entwicklung einer nichtkommerziellen, selbstbestimmten Jugendkultur fördern. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, selbstorganisiert Konzerte und Events veranstalten zu können, statt ausschließlich auf teure kommerzielle Angebote angewiesen zu sein.



DIE LINKE fordert

- Für Kultur- und Jugendeinrichtungen müssen geeignete Räumlichkeiten kostengünstig bzw. wo möglich kostenfrei und wohnortnah zur Verfügung gestellt werden.
- Förderung von nichtkommerziellen, selbstbestimmten Jugendkulturzentren.
- Wohnortnahe, öffentlich zugängliche Sportplätze und Spielflächen – auch außerhalb von Vereinsstrukturen.



Gutes und würdevolles Leben im Alter

Wir wollen, dass Frankfurt eine lebenswerte Stadt für alle Altersgruppen ist. Derzeit aber fühlen sich viele ältere Menschen ausgegrenzt, viele haben kaum Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, weil geeignete Angebote und Rahmenbedingungen fehlen. Hinzu kommt auch im reichen Frankfurt eine wachsende Altersarmut infolge der fatalen Rentenpolitik auf Bundesebene. Rentenkürzungen, die Teilprivatisierung der Rente und die Rente erst ab 67 führen dazu, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, bis ins hohe Alter zu arbeiten oder Flaschen zu sammeln, um irgendwie über die Runden zu kommen.

Frauen, die über längere Zeiträume unbezahlte Sorgearbeit übernommen haben und dadurch unterbrochene Erwerbsbiografien haben, sind besonders von Altersarmut betroffen.

Diese Missstände lassen sich auf kommunaler Ebene nicht beheben. Das heißt aber nicht, dass die Stadt gar nichts tun könnte, um das Leben von Seniorinnen und Senioren in Frankfurt zu verbessern. **Wir wollen eine altersgerechte Infrastruktur und die politische Teilhabe und Mitbestimmung der Betroffenen bei der kommunalen Senioren- und Pflegepolitik durchsetzen.**



DIE LINKE fordert

- Den bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, und die Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammen leben (Mehrgenerationenhäuser). Hier sind besonders die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gefordert.



DIE LINKE fordert

- Förderung der seniorengerechten Umgestaltung von Wohnungen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können.
- Erhalt der Nahversorgung und dezentraler Einkaufsmöglichkeiten (z.B. durch Vereine und Genossenschaften) statt Supermärkte auf der grünen Wiese.
- Geeignete Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren mit Kultur- und Freizeitangeboten in den Stadtteilen.
- Die Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch eine Senioren-Monatskarte im ÖPNV mit 50 Prozent Ermäßigung zu unterstützen. Wiedereinführung der Reiseangebote für Seniorinnen und Senioren, inklusive deren Verbilligung für Inhaber_innen des Frankfurt-Passes.
- Essen auf Rädern mit altengerecht optimierter Kost soll in städtischer Regie angeboten werden. Auch dafür fordern wir die Wiederherstellung der städtischen Küchenbetriebe.
- Bildungsangebote und -programme für Seniorinnen und Senioren.
- In Alteneinrichtungen die Haltung und den Besuch von Tieren zu erleichtern, damit Tiere verstärkt zur seelischen Betreuung alter Menschen beitragen können.
- Einen humanen Umgang mit Demenzkranken. Das erfordert u. a. die Erweiterung integrativer und inklusiver Angebote, um demenzkranken Menschen so lange wie möglich Lebensqualität und Selbstständigkeit zu erhalten.
- Der Seniorenbeirat soll weiterhin durch die Ortsbeiräte vorgeschlagen und vom Magistrat benannt werden. Dem Seniorenbeirat soll Antragsrecht in den Gremien eingeräumt werden. Zudem sind die Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit zu erweitern.

Queer: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen

DIE LINKE steht für eine Politik, die Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen ein selbstbestimmtes und repressionsfreies Leben ermöglicht. Sie setzt sich für Emanzipation und uneingeschränkte Gleichberechtigung ein. Speziell die Situation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund, mit Behinderung und im Alter muss verbessert werden.

In Frankfurt übernehmen viele Lesben und Schwule Verantwortung für leibliche oder Pflegekinder. Die Kinder aus solchen „**Regenbogenfamilien**“ sind oft von der Stigmatisierung ihrer Eltern mitbetroffen. Die Stadt Frankfurt muss dem entgegenwirken. Dafür sind Fortbildungs-Veranstaltungen im Bereich der Familien- und Jugendhilfe sowie für Jugendleiter_innen, Lehrer_innen und Erzieher_innen erforderlich.

In Frankfurt darf Gewalt gegen Schwule und Lesben keinen Platz haben. Noch immer sind Menschen, die nicht nach heterosexuellen Normen leben, von Gewalttaten bedroht. Ein sensibles und respektvolles Verhalten von Polizei und Strafverfolgungsbehörden ist durch verbindliche und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsprogramme sicherzustellen.

Auch an Schulen gehört Homophobie leider immer noch zum Alltag. Die Stadt Frankfurt muss ihren Einfluss auf Landesebene geltend machen, dass alternative Lebensweisen in die Lehrpläne aufgenommen werden.



DIE LINKE fordert

- Öffentlichkeitskampagnen der Stadt gegen Gewalt an Schwulen und Lesben; Sicherstellung der psychosozialen Betreuung lesbischer und schwuler Gewaltopfer.
- Die Einrichtung eines Amtes und eines Beirats zur Vertretung der Interessen von Lesben, Schwulen, Queer, Bi-, Trans und Intersexuellen (LGBTIQ), denen bei gegebenem Anlass Rede- und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung einzuräumen ist.
- Sensibilisierungsprogramme und Fortbildungen von Lehrkräften zum Thema LGBTIQ.
- Wirksame Unterstützung der Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen von Lesben und Schwulen durch die Stadt, wie die angekündigte Koordinierungs- und Vernetzungsstelle in Frankfurt und eine Fortführung der Arbeit des „runden Tisches“; Kürzungen der Mittel in diesem Bereich darf es nicht geben.
- Die sexuelle Orientierung darf – insbesondere im beruflichen Alltag – keine Ursache für Benachteiligung oder Stigmatisierung sein!

Kultur für alle

Kultur für alle! Dieses Motto des einstigen Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann bleibt für DIE LINKE Verpflichtung. Kultur ist wesentlich für eine demokratische Gesellschaft und eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik.

Kulturelle Angebote und kulturelle Bildung gehören zur Daseinsvorsorge, alle Frankfurterinnen und Frankfurter haben das Recht auf kulturelle Bildung und Teilhabe. Frankfurt hat einen hohen Kulturretat, mit dem er eine Kunst- und Kulturlandschaft betreibt, die im In- und Ausland Renommee besitzt. Die Theaterhäuser, Museen, Orchester, Bibliotheken, Denkmäler und vieles mehr tragen wesentlich zur kulturellen Identität der Stadt bei.

Trotz ermäßigter Eintrittspreise in vielen kulturellen Einrichtungen bestehen weiterhin finanzielle und gesellschaftliche Barrieren. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um diese Barrieren abzubauen, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und kostengünstige oder kostenfreie kulturelle Angebote zu schaffen. Kulturelle Teilhabe und ein bürgernahes Kulturangebot sind elementar für eine demokratische Gesellschaft.

Kulturelle Teilhabe
ist elementar für
eine demokratische
Gesellschaft.

Besonders für Kinder und Jugendliche müssen Möglichkeiten für kulturelle und künstlerische Betätigung geschaffen werden.

Um kulturelle Vielfalt zu gewährleisten, darf nicht nur die sogenannte „Hochkultur“ gefördert werden, sondern auch kleinere Kulturangebote und insbesondere die freie Kulturszene.

Kunst- und Kulturschaffende sollen in Frankfurt gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Derzeit dominieren im Kultursektor prekäre Beschäf-

tigungsverhältnisse durch projektbezogene Aufträge, eine geringe soziale Absicherung und oftmals Löhne unterhalb der Existenzsicherung. Hier besteht Handlungsbedarf, denn ohne gut ausgebildetes Personal mit angemessener Bezahlung lässt sich die Qualität von Kultur in Frankfurt nicht sichern.



DIE LINKE fordert

- Eine soziale Preispolitik bei allen Kultureinrichtungen und ein breites Angebot von kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Kulturveranstaltungen.
- Karten für öffentliche Veranstaltungen, die bis 10 Minuten vor Beginn nicht verkauft wurden, sollen an Jugendliche und Frankfurt-Pass-Inhaber_innen zu einem symbolischen Preis verkauft werden.
- Kostenfreier Eintritt von Jugendlichen unter 18 Jahren in städtische Museen.
- Kostenlose Besucherstunden und -tage in Museen und Kultureinrichtungen, wie es auch in anderen europäischen Großstädten praktiziert wird.
- Stärkere Förderung der freien Kulturszene und von kleineren Kunst- und Kulturinitiativen wie Theaterhäusern, Ausstellungsräumen oder Kulturfesten durch städtische Ressourcen. Erhalt des Filmhauses Frankfurt.
- Umstellung der Kulturfinanzierung von projektbezogener auf stärker institutionelle Förderung, um prekäre Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern einzudämmen.
- Die Schaffung von Kulturangeboten in peripheren Stadtteilen, um diese lebenswerter und bunter zu gestalten, sowie eine erleichterte Zwischennutzung leerstehender Gebäude für Kunst und Kultur.



DIE LINKE fordert

- Erhalt und Ausbau der Stadtteilbibliotheken. Die Digitalisierung der Bibliotheken, Archive und Kulturgüter muss vorangebracht werden.
- Kunst im öffentlichen Raum voranzutreiben.
- Interkulturelle Kulturinitiativen zu unterstützen, um Foren für gemeinsame Dialoge zu bieten und multikulturelle Vielfalt aktiv zu leben.
- Clubsterben verhindern: Bessere Förderung der Frankfurter Clubszene.
- In Frankfurt soll ein Programm „Jedem Kind ein Musikinstrument“ im Rahmen von zunächst drei Millionen Euro aufgelegt werden.
- Das Erinnern an die Opfer des Faschismus muss ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik sein. Erinnerungsorte wie z.B. das Gelände der neuen EZB im Ostend als Sammelplatz für die Judentransporte und der ehemaligen Adlerwerke als Außenstelle eines Konzentrationslagers müssen angemessenen Raum für das Gedenken an die Opfer bieten.



Breitensport fördern – statt Kommerz

Sport verbindet Menschen: 27 Millionen Personen sind bundesweit in Sportvereinen organisiert, mehr als in jedem anderen Bereich. Sport kann das Selbstvertrauen stärken und die eigenen Fähigkeiten bewusst machen. Gemeinsamer Sport kann Barrieren überwinden, die Integration fördern und der Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken, er hat eine gesundheitliche und soziale Funktion. Dafür müssen die Angebote aber auch alle Personengruppen gleichermaßen erreichen und inklusive und antidiskriminierende Ziele bewusst verfolgen.

Frankfurts vielseitige Sportszene steht vor Herausforderungen angesichts knapper werdender Förderung, altersbedingter Veränderungen, neuer Sportarten und veränderter Zeitbedürfnisse.

Aufgabe der Stadt ist die Förderung von Freizeit- und Breitensport, Vereinssport und Nachwuchsförderung.



DIE LINKE fordert

- Modernisierung und Renovierung der öffentlichen Sportstätten.
- Bessere Förderung der Sportvereine durch die Stadt.
- Kommunale Sportanlagen müssen für nichtkommerzielle Nutzung generell mietfrei sein.
- Sportstätten sind für Menschen mit Behinderung barrierefrei zu gestalten.
- Keine Privilegien für kommerzielle Großveranstalter auf Kosten der Steuerzahler.
- Die Kosten für Sicherheit, Schutz und Hygiene bei Events sind vom Veranstalter zu tragen. Dabei hat nicht sein Eigeninteresse im Vordergrund zu stehen, sondern die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher. Sicherheitskonzepte sind ausschließlich durch legitimierte Behörden zu erstellen.

Für eine rationale Drogenpolitik

Die deutsche Drogenpolitik ist ebenso überholt wie unwirksam. Sie richtet sich maßgeblich gegen die Konsument_innen und drängt abhängigkeitskranke Menschen durch Stigmatisierung und Kriminalisierung an den Rand der Gesellschaft. Die Kosten der Verfolgung von Menschen, die durch ihren Konsum – wenn überhaupt – nur sich selbst schaden, sind enorm und müssen endlich aufhören. Drogenpolitik muss übergehen in eine ehrliche Auseinandersetzung mit jungen Menschen über Konsumrisiken, eine wirksame Prävention für Suchtgefährdete, die Gesundheitsversorgung abhängigkeitskranker Menschen und Verbraucherschutz für Konsumierende.

Immer mehr Menschen und Organisationen fordern eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes, die Legalisierung des Cannabiskonsums Erwachsener und eine wirksame Präventionsarbeit für Jugendliche.

In Frankfurt konsumieren ca. 70.000 Menschen Cannabis. Sie leben ständig mit dem Risiko der Strafverfolgung. Außerdem werden sie auf den Schwarzmarkt gedrängt, wo oft Cannabis mit gesundheitsschädlichen Beimischungen verkauft wird.



DIE LINKE fordert

- Ein Modellprojekt zur legalen Cannabisabgabe in der Stadt. Von der Gründung von Anbauvereinen (Cannabis Social Clubs) nach belgischem Vorbild würden auch viele Patientinnen und Patienten profitieren.
- Ausbau der Hilfsangebote für Drogenabhängige; der erfolgreiche „Frankfurter Weg“ muss weiter beschrritten werden.



DIE LINKE fordert

- Überdachte öffentliche Räume mit Zugang zu sanitären Anlagen, auf denen sich Drogenabhängige ohne Verfolgungsdruck aufhalten können.
- Finanzielle Unterstützung der Selbsthilfe, Einbeziehung der Betroffenen in die Gestaltung der Hilfeangebote.
- Rücknahme der Kürzungen bei Hilfeeinrichtungen für Abhängige. Nachweis der Nutzung aller bestehenden Angebote differenziert nach Geschlecht und Anpassung an die Bedarfe von Frauen.
- Ausbau der Präventionsarbeit an den Frankfurter Schulen mit dem Ziel, junge Menschen dazu zu befähigen, Gefährdungen realistisch einzuschätzen (wie z.B. durch das Alice-Projekt).

Reiche Stadt – doch an vielen Stellen fehlt das Geld

Die Steuerpolitik der letzten 15 Jahre hat dazu geführt, dass die öffentlichen Kassen ausgetrocknet wurden – während Vermögende und Unternehmen die Profiteure waren. Verantwortlich hierfür sind CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP. Hinzu kommt die von den gleichen Parteien in Hessen und im Bund durchgesetzte sogenannte Schuldenbremse, die die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen einschränkt. Wir wollen für eine gerechte Verteilung und umfassende sozialstaatliche Leistungen sorgen, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinanderklafft.

Geht es um mehr Sozialwohnungen, die erforderlichen Sanierungen von Schulen, mehr Kitaplätze oder höhere Investitionen in die Infrastruktur, erklärt der schwarz-grüne Magistrat, dafür sei kein Geld da. Das ist falsch. Es könnten zusätzliche Einnahmen erzielt und eine Umverteilung im Haushalt vorgenommen werden. Aber bereits jetzt verfügt Frankfurt über so viel Geld, dass deutlich mehr für soziale Zwecke ausgegeben werden könnte.

Wir wollen den Gewerbesteuerhebesatz von 460 auf 490 Punkte anheben.

Frankfurt steht finanziell relativ gut da. **Das städtische Vermögen je Einwohner beträgt fast 30.000 Euro, die Schulden betragen lediglich 2.100 Euro. Im Jahr 2014 hat Frankfurt über 200 Millionen Euro Haushaltsüberschuss erzielt.** Wir wenden uns daher nicht grundsätzlich gegen einen modifizierten Finanzverteilungsschlüssel zwischen den Kommunen. Denn andere Kommunen in Hessen haben – gemessen an der Bevölkerungszahl – einen deutlich höheren Finanzbedarf. Aber eine solche Umverteilung muss durch zusätzliche Mittel aus Bund und Land ermöglicht werden und darf nicht einfach über den neuen, ab 2016 wirksamen, kommunalen Finanzausgleich durchgesetzt werden.

Um die Finanzierung dringend notwendiger Sanierungen bei Schulen, Brücken und Straßen zu erleichtern, wollen wir die Ausgabe von Kommu-

nananleihen an Bürgerinnen und Bürger in die Wege leiten. Das hätte für die Bürgerinnen und Bürger den Vorteil, dass sie eine sichere, festverzinsliche Anlagemöglichkeit finden, bei der sie mehr Zinsen bekommen als die derzeitigen Niedrigstzinsen bei den Banken. Für die Stadt hätte es den Vorteil, dass sie sich Geld nicht bei den Privatbanken, sondern zu einem niedrigeren Zinssatz bei den Bürgerinnen und Bürgern leihen kann. Die Ausgabe der Kommunalanleihen soll in einem transparenten und bürgerfreundlichen Verfahren erfolgen.



Um weitere notwendige Einnahmen zu erzielen und unnötige Ausgaben zu vermeiden, fordert DIE LINKE:

- Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von zurzeit 460 auf 490 Punkte. Dieser Hebesatz galt in Frankfurt unter dem CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann. Bereits dadurch könnten jährlich Mehreinnahmen im mittleren zweistelligen Millionenbereich erzielt werden.
- Ausgabe von Kommunalanleihen an die Bürgerinnen und Bürger.
- Keine weiteren Public-Private-Partnership-Projekte.
- Raus aus der Spekulation in Aktienfonds mit Steuergeldern.
- Transparenz bei der Vergabe von Bürgschaften und anderen Finanzgeschäften.
- Begrenzung von Managergehältern und Boni in stadteigenen und stadtnahen Gesellschaften.
- Politische Initiativen auf Landes- und Bundesebene zur stärkeren Besteuerung von Gewinnen sowie zur Vermögens- und Erbschaftsteuer. Die Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse.

Stichwortverzeichnis

A

ABG **25, 26, 29**
Agentur für Arbeit **36**
Alice-Projekt **90**
Alleinerziehende **21, 69**
Ampelvorrangschaltung **42**
Antisemitismus **65**
Arbeitszeit **70**
Arbeitszeitverkürzung **14**
Armut **8, 13, 21, 62**
 Altersarmut **79**
 Kinderarmut **75**
Armutsrisiko **70**
Artenvielfalt **54, 55**
Atomkraftwerke **51**
Aufrüstung **67**
Ausbildungsplatz **14, 36**
Ausbildungsplätze **77**
Ausländerbeiräte **61, 62**
Auslandseinsätze **67**
Autoverkehr **9, 41, 44**

B

Barrierefreiheit **41, 42, 73, 74, 88**
Bau- und Betriebshöfe **14**
Beförderungsdienst **42**
Behinderung **73**
Berufsabschluss **61, 62**
Berufsausbildung **35, 76**
Berufsschule **36**
Beschäftigung, prekäre **13, 14, 69, 70**
Beschäftigungssicherung **19**
Betäubungsmittelgesetz **89**
Bildung **9, 31, 32, 73**

Bildungsdezernat **31**
Bildungsgerechtigkeit **33**
Bildungssystem, inklusives **33**
Brauchwasser **54, 55**
Braunkohlestaubkraftwerke **51**
Breitbandausbau **58**
Bundeswehr **32, 62, 67**

C

Cannabis **89**
Car-Sharing **45**
CDU **11, 47**
CETA **8, 57, 58**
Clubsterben **85**
Clubszene **85**

D

Daseinsvorsorge **8, 57, 83**
Datenschutz **60**
Datenschutzbeauftragte **60**
Demenz **80**
Demokratie **57**
Digitalisierung **85**
Diskriminierung **9, 15, 23, 34, 62, 65**
Drogenabhängige **89, 90**
Drogenpolitik **89**

E

Einflugschneisen **47**
Einhausung **44**
Einkommen, prekäres **22**
Einzelhändler **19**

Elternbeiräte **34**
Energieproduktion **51**
Energiewende **51**
Erbpacht **26**
Erinnerungsorte **85**
Erwerbsarbeit **16**
Erwerbslose **8, 16, 21**
 Langzeiterwerbslose **15, 21**
Erwerbslosigkeit **13, 22**
Erzieher **32**

F

Fahrdienst **73**
Fahrpreise **41, 43**
Fahrradverleih **44**
Fahrradwege **43**
Familien- und Jugendhilfe **81**
FDP , **47, 11**
Filmhaus Frankfurt **84**
Finanzausgleich, kommunaler **91**
Flächenentsiegelung **55**
Flüchtlinge **9, 61, 62**
 Unterbringung **63**
Flugbewegungen **47, 48, 49**
Flughafen **9, 47**
Flughafenausbau **47**
Fluglärm **47, 48**
Frachtflüge **48**
Frankfurter Weg **89**
Frankfurt-Pass **80, 84**
Fraport AG **47**
Frauenfeindlichkeit **65**
Frauenhäuser **70**
Freihandelsabkommen **8, 57**
Fremdenfeindlichkeit **87**
Friedenspolitik **67**
Frühförderung **73**

G

Ganztagsbetreuung **9**
Ganztagsschule **9, 34, 70**
Gas- und Strompreise **51**
Genossenschaft **26, 28, 80**
Gentrifizierung **26, 60**
Gesamtbelastungsstudie **53**
Gesamtschule, integrierte **33**
Gesellschaft
 demokratische **75**
Gesundheit **39**
GEW **31**
Gewalt
 an Schwule und Lesben **82**
 gegen Frauen **70**
 rechte **65**
Gewässerschutz **54**
Gewerbsteuerhebesatz **10, 92**
Gleichstellung **69**
Gleichstellungspolitik **15**
Grüne , **47, 11**
Grünflächen **53**
Grünflächenpflege **54**
Grüngürtel **54**

H

Handwerksbetriebe **18**
Hartz-Gesetze **13**
Hartz IV **8, 13, 21, 28, 70**
Hausarbeit **69**
Homophobie **81**
Hortplatz **9, 31**
Hundesteuer **56**

I

Industrie **19**
Industriearbeitsplatz **19**
Industriepolitik **19**
Infrastruktur **7, 8, 10, 17, 41, 79,**

J

Inklusion **9, 31, 33, 34, 73**
Integration **23, 87**
Integrations- und Diversitätsmonito-
ring **61**
Investitionen **10, 42, 91**
Investitionsprogramm **7, 17**

J

Jobcenter **8, 16, 22**
Jugendarbeit **75**
Jugendbeschäftigungsgesellschaft
36, 77
Jugendeinrichtungen **30**
Jugendhäuser **76**
Jugendliche **75**
Jugendtreffpunkt **76**
Jugend- und Sozialamt **59**

K

Kältenetze **52**
Kinder **21, 69, 75**
Kinderbetreuung **70**
Kinder- und Jugendparlament **75**
Kita **8, 9, 10, 30, 31, 32, 33, 59,**
62, 73
Kitaplätze **91**
Kita- und Hortplätze **35**
Klima **53**
Klinikum Höchst **8, 39, 40**
Kobelt-Zoo **56**
Kohlestrom **51**
Kommunalanleihe **91**
Konzern Stadt **58**
Kraft-Wärme-Kopplung **52**
Krieg **62**
Küchenbetriebe **80**
Kultur **83**

Hochkultur **83**
Jugend **77**
Jugendkulturzentren **77**
Kulturcampus **29**
Kulturfinanzierung **84**
Kulturinitiativen
interkulturelle **85**
Kulturszene
freie **84**
Kurzstreckenflüge **48**

L

Lärmpausen **48**
Lärmschutz **49**
Lebensqualität **41, 53**
Lesben **81**
LGBTIQ **82**
Luftbelastung **45**

M

Mädchen- und Jungenarbeit **76**
Magistrat, schwarz-grüner **10, 91**
Mainfeld **26**
Mainova **51**
Mehrgenerationenhaus **79**
Menschen mit Behinderung **73, 74,**
88
Mieten **7, 8, 26**
Mieter **51**
Mieterbeiräte **26**
Mietpreisbremse **27, 28**
Mietpreisdeckel **18**
Mietpreisstopp **26**
Mietspiegel **27, 28**
Migranten **61, 62**
Milieuschutzsatzung **27**
Militarismus **67**
Mindestlohn **22**

Mitspracherecht **16**
Mobbing **15, 23, 65**
Mobilität **9, 41**
Müllentsorgung **54**
Müllverbrennung **55**
Muslimfeindlichkeit **65**

N

Nachtflugverbot **9, 47, 49**
Naherholungsgebiete **54**
Nahverkehrsabgabe **42**
Nahversorgung **18, 80**
Nazis **10, 65**
Neue Steuerungsmodell **58, 59**
Nichtwähler **57**
Niedriglohn **61, 69**
Nulltarif **9, 41, 42, 43**
Nutzungssatzung **19**

O

Obdachlose **40**
Obdachlosigkeit **28**
ÖPNV **9, 41, 42, 74**
Orientierung
sexuelle **82**
Ortsbeiräte **57, 58**

P

Pakt für den Nachmittag **31**
Palliativmedizin **39, 40**
Passagierflüge **48**
Pendlerverkehr **41**
Pflege **39**
Politikwechsel **11**
PPP-Projekte **8, 17, 18, 32, 92**
Prävention **60, 89**
Präventions- und Betreuungsarbeit

22

Privatisierung **18, 26, 39, 57, 58, 59**
Privatschulen **32**

Q

Queer **81**

R

Radverkehr **42**
Radverkehrsweg **44**
Rassismus **10, 65, 87**
Regenbogenfamilie **81**
Reichtum **21**
Rekommunalisierung **8, 17, 57, 59**
Renaturierung **55**
Rente **21**
Rentenkürzungen **79**
Rentner **21**
Ressourcenverknappung **53**
Rhein-Main-Region **19**
Rüstungsexporte **62, 67**

S

Sanierung **91**
Sanierung, energetische **51**
Sanierungsstau **7**
Schufa **29**
Schuldenbremse **91, 92**
Schule **7, 9, 10, 31, 33, 36, 55, 73, 91**
militärfreie **67**
Schülervertretung **34**
Schulgärten **55**
Schulsozialarbeit **33, 34, 76**
Schwarz-Grün **7, 29, 11**
Schwule **81**

Seniorenbeirat **80**
Sorgearbeit **79**
Sorge- und Pflegearbeit **69**
Sozialarbeit **70**
Sozialarbeiter **22, 40, 63**
Sozialbindung **25**
Sozial- und Jugendamt **71**
Sozialwohnungen **8, 10, 17, 25, 91**
SPD **11, 47**
Sport **87**
Sportvereine **88**
Sprachförderung **61**
Sprachkurs **62, 63**
Stadtreinigung **17**
Stadtschülerrat **34**
Stadttaubenprojekt **56**
Stadtteilbibliothek **85**
Stadtverwaltung **58, 59**
Stellplatzabgabe **44**
Strom- und Gasabschaltungen **8, 22**
Studentenwohnungen **30**

T

Taxigewerbe **42**
Teilhabe
kulturelle **83**
Teilzeit **69**
Tempo-30 **44**
Terminal 3 **9, 47, 48, 49**
Tierheime **56**
Tierschutz **53, 56**
Tiertafel **56**
TISA **8, 57, 58**
TTIP **8, 57, 58**

U

Überwachung **60**

Umwelt **53**
Umweltlernen **55**
Umweltschutz **53**
Umweltzerstörung **53**
UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung **73**

V

Vereinsport **87**
Vergleichsmiete **27**
Verkehrswende **44**
Verkehrswende, ökologische **41**
Verteilungsnetze **51**
VGF **42**
VHS-Kursleiter **37**
Vielfalt, kulturelle **61**
Volkshochschule **36, 37, 76**
Vollzeit **69**
Vorkaufsrecht **27**

W

Wahlrecht **57, 58**
kommunales **9, 61, 62, 75**
Waldschule **55**
Wanderarbeit **28**
Wanderarbeiter **21, 40**
Weiterbildung **32**
Wiedereingliederungsprogramme **16**
Wildtiere **56**
Willkommenskultur **63**
Wirtschaftskreisläufe, regionale **54**
Wohnen
betreutes **74**
Wohnraum, bezahlbarer **25**
Wohnraumzweckentfremd **27**
Wohnung
Eigentum **27**

seniorengerecht **80**
Wohnungsamt **71**
Wohnungsbau, sozialer **17**
Wohnungspolitik **8, 25**

Z

Zwangsräumung **28, 29**
Zweckentfremdung **26**

Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt am Main

Allerheiligentor 2-4

60311 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 97 98 15 46

buero@dielinke-frankfurt.de

<http://www.die-linke-ffm.de>

V.i.S.d.P. Axel Gerntke

Bildnachweis:

Titel, S. 20, 24, 38, 46, 50, 64, 66,68, 78 - Hilmi Tozan

S. 12 - Kzenon@fotolia

S. 72 - drubig-photo@fotolia

S. 86 - Squaredpixels@iStock

Frankfurt sozial und gerecht.



www.die-linke-ffm.de